

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schick-Konto Hannover Nr. 57818
Olto-Ronke Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65

Abonnementpreis d. Boten vierteljährlich 3.- M., d. die Post 3,80 M. Einzel-Nr. 50 Pf.
Anzeigenpreis: Die 26 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: H. Handmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Blumehausen Straße 38 42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegramm: Ullerverband Bochum

Bauer und Arbeiter.

Mit der zunehmenden Industrialisierung eines Landes wird das Problem der Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen brennend. Solange ein Land vorwiegend agrarisch ist, die Mehrzahl seiner Bevölkerung landwirtschaftlich tätig ist, existiert diese Sorge im allgemeinen nicht. Da kommt es auch nicht so sehr darauf an, ob der landwirtschaftliche Betrieb rückständig ist oder nach neueren Methoden betrieben wird. Mit der Industrialisierung stellt sich das alles anders.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches betrug im Jahre

1800	25 000 000
1871	41 000 000
heute	62 500 000

Es waren von der deutschen Bevölkerung ansässig in Prozent der Gesamtzahl

	in Städten	auf dem Lande
1871	36,1	63,9
1925	64,4	35,6

Eine gewaltig gesteigerte Erzeugung in der Landwirtschaft ist also notwendig, um den Bedarf zu decken. Was im Lande nicht erzeugt werden kann, muß eingeführt und aus den Erträgen deutscher Arbeit bezahlt werden. Nun kann sich heute kein modernes Land mehr selbst genügen, alles selbst herstellen, was es braucht und sich vom internationalen Handel abschließen. Aber was es preiswert selbst herstellen, erzeugen kann, sollte es nicht vom Ausland zu beziehen brauchen. Unsere landwirtschaftliche Erzeugung könnte so gesteigert werden, daß sie, abgesehen von tropischen Erzeugnissen, dem deutschen Bedarf genügt.

Der Einfuhrüberschuß an Getreide und Hülsenfrüchten beträgt ungefähr 3 1/2 Mill. Tonnen. Bei 11 146 000 Hektar Anbaufläche für Getreide und Hülsenfrüchte entfallen auf den Hektar 3,35 Dz. oder auf den Morgen 1,7 Zentner.

Der Einfuhrüberschuß an tierischen und pflanzlichen Fetten beträgt ca. 900 000 To., dazu kommen 168 500 Stück Rindvieh und 218 850 Stück Schweine. Rechnet man diesen Ueberfluß in Getreide um, so entfallen nach Ministerialdirektor Arnoldi auf den Morgen nochmal 0,7 Ztr., so daß eine Mehrerzeugung von 2,5 Ztr. je Morgen notwendig wäre, um den Einfuhrüberschuß zu beseitigen. Auch wenn man in Geld rechnet, ist das Resultat dasselbe.

Wie ist es nun möglich, die landwirtschaftliche Erzeugung um das Wünschenswerte zu steigern? Einmal ist das abhängig von der Besitzgröße. Hätten wir gar keine oder ganz wenig mittel- und großbäuerliche Betriebe, so wäre unser Einfuhrbedarf noch größer, denn der bäuerliche Zwergebetrieb könnte etwas mehr Schweine liefern, in Getreide würde der Ertrag aber noch mehr zurück, als es heute der Fall ist.

Nach der Anzahl der Betriebe entfallen 1925 auf die Größe

bis 2 Hektar	59,5 %
2— 5 Hektar	17,5 %
5— 20 Hektar	18,4 %
20—100 Hektar	3,9 %
über 100 Hektar	0,4 %

Auf die Zwergebetriebe entfallen also fast 60 Prozent, auf Klein- und mittelbäuerliche Betriebe 35,9 Prozent und auf Großbauern und Großgrundbesitz 4,3 Prozent.

Günstigerweise sieht das Bild anders aus, wenn man die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Betracht zieht. Davon entfallen auf die Betriebe

unter 2 Hektar	6,2 %
2— 5 Hektar	11,4 %
5— 20 Hektar	35,8 %
20—100 Hektar	26,4 %
über 100 Hektar	20,2 %

Was die Entwicklung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse anbelangt, so ist von einer systematischen Entwicklung zum Großbetrieb, etwa wie in der Industrie, in der Landwirtschaft keine Rede. Die Betriebe mit einer genügten Fläche von über 20 Hektar sind auch von 1907 bis 1925 noch etwas zurückgegangen, die kleineren und kleinsten noch etwas gestiegen. Von einem Verschwinden des bäuerlichen Großbesitzes ist aber auch keine Rede, die Verschiebungen sind hier nur ganz geringfügig, so daß kaum von einem Vordringen einer bestimmten Betriebsgröße gesprochen werden kann. Die Lösung der Agrarfrage kann also wohl nicht in dieser Richtung gesucht werden, sondern in einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion überhaupt, in der vermehrten Anwendung wissenschaftlicher Erfahrungen, neuer Düngemethoden, vermehrter Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen und der vernünftigen Gestaltung des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte.

Für die Industriearbeiter ist die Entwicklung der Landwirtschaft nicht ohne Bedeutung. Der Reallohn des Industriearbeiters, seine ganze Lebenshaltung kann steigen, wenn die landwirtschaftliche Erzeugung rationalisiert, d. h. gesteigert und verbilligt wird. Das sozialdemokratische Agrarprogramm sagt mit Recht:

„Bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung vereinigen sich die Lebensinteressen der städtischen Massen mit denen der schaffenden Landbevölkerung. Es ist für die soziale Lage der Industriearbeiterschaft von entscheidender Bedeutung, daß die unausgeschöpften Möglichkeiten einer Steigerung und gleichzeitigen Rationalisierung und Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion für die Massenernährung und für die Erweiterung des Absatzes von Industrieprodukten erschlossen werden...“

Die soziale Lage der kleinen und mittleren Bauern, die in vielen Teilen Deutschlands eine sehr gedrückte ist und keineswegs ihrer unermüdbaren Arbeitskraft entspricht, kann nicht durch das Emportreiben der Lebensmittelpreise auf Kosten der Konsumenten, sondern nur durch Steigerung der Produktion im gemeinsamen Interesse von Konsumenten und Produzenten gebessert werden.“

Als wesentliches Mittel einer solchen Entwicklung bezeichnet das Programm die umfassendere Ausgestaltung aller Einrichtungen, die der Ausbildung des ländlichen Nachwuchses dienen.

Die Hebung der allgemeinen Bildung und der fachlichen Berufsausbildung ist für jeden Beruf von Wichtigkeit. Wenn, wie z. B. in Essen, über 50 Prozent der bergmännischen Berufsschüler aus der Hülfschule kommen, also das Ziel der Volksschule nicht erreicht haben: wo soll dann kenntnisreiche Arbeitsfreudigkeit, wo soll ein Aufsteigen dieses Berufes herkommen? Genau so liegt es in der Landwirtschaft. Die Berichte über die mangelhaften Volksschulkenntnisse der landwirtschaftlichen Winterschüler sind ungefähr so erschreckend wie das Essener Beispiel aus dem Bergbau.

Wie überraschend die landwirtschaftliche Produktion abhängig ist von gesteigerten Kenntnissen, davon liefert kürzlich ein Aufsatz von Diplom-Landwirt Voigt, Berlin-Friedenau, einen Beweis, der in den Mitteilungen des Reichsbundes akademischer gebildeter Landwirte veröffentlicht wurde. Das Zahlenmaterial entstammte einer größeren Anzahl bäuerlicher Betriebe in der Größe von 11 1/2 bis 45 Hektar und einem Betrieb von 125 Hektar. Alle Betriebe liegen im Bezirk der Landwirtschaftsschule Uslar in Süd-Hannover. Die Bearbeitung des Zahlenmaterials erfolgte von Dr. Ruoff, früherem Direktor der Schule in Uslar. Danach ergab sich folgendes Bild (Ertrag in Ztr. je Morgen = 1/4 Hektar):

	Durchschnittsertrag in Preußen	Ertrag in der Wirtschaft der Schule	Notwendiger Ertrag für die deutsche Volksernährung	Ertrag nach Verlust der landw. Schule
Weizen	9,50	9,97	11,75	14,09
Roggen	6,8	9	9,5	12,6
Hafer	8,25	9,76	10,5	14
Gerste	10,6	9,37	12,85	13,20
Kartoffeln	70	80	110*	119

Die Zahlen zeigen also überall, wie durch bessere landwirtschaftliche Kenntnisse der Ertrag erheblich gesteigert wurde. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nicht etwa um durch Boden oder Klima begünstigte Betriebe handelt und daß die Resultate aus mehrjährigen Durchschnittsnennungen stammen, also nicht

* Notwendiger Ertrag, um das deutsche Volk und die zur Vermeidung von Vieheinfuhr notwendigen Tiere zu ernähren.

etwa Zufallsergebnisse sind. Zahlen, die von der Abteilung für Wirtschaftsberatung bei der Kur- und Neumärktischen Hauptprüferkammer bekannt gegeben wurden, entstammen brandenburgischen Gütern, die über 100 Hektar groß sind. Alle Resultate lagen nahe an oder über dem Ernährungssoll (dritte Spalte oben), es waren aber vielfach Ernten von 17 Ztr. bei Weizen, 14 Ztr. bei Roggen, 14 Ztr. bei Gerste, 17 Ztr. bei Hafer und 150 Ztr. bei Kartoffeln zu verzeichnen. Der Leiter dieser Abteilung, Herr Dr. Ohlmer, sagte in einem Vortrag, daß er die Spitzenleistungen, die von tüchtigen Landwirten durch richtige Anwendung der Ergebnisse landwirtschaftlicher Forschung erzielt würden, gar nicht nennen wollte, man würde sie ihm einfach nicht glauben!

Für die Milchwirtschaft führte Dr. Ohlmer ähnliche Zahlen an. Wir führen für über 500 Millionen Mark Milch und Milchprodukte jährlich ein. Das sind bei einem Durchschnittspreis von 17 Pf. rund 3 Milliarden Liter Milch. Da wir 10 Millionen Milchkuhe haben, müßte jede Kuh 300 Liter Milch im Jahre mehr bringen, um uns von der Einfuhr frei zu machen. 33 Güter, die der Beratungsstelle angeschlossen waren, hatten je 60 bis 76 Milchkuhe, zusammen 2076. Durchschnittlich entfallen auf eine Kuh in Deutschland 1800 Liter Milch, 2100 müßten es sein, um die Einfuhr entbehrlich zu machen. Von den vorstehenden Gütern hatte die schlechteste Herde einen Milchdurchschnitt von 2315 Litern, also 215 Liter mehr als das Ernährungssoll; die beste Herde hatte 4284 Liter, also das Doppelte des Ernährungssolls. Der Durchschnitt aller Herden betrug 3173 Liter oder die Hälfte mehr als das Ernährungssoll. Und das in Brandenburg, das kein Idealland für Milchkuhe ist!

Diese Zahlen zeigen, von wie großer Bedeutung nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für das ganze Volk rationelle landwirtschaftliche Betriebsführung ist. Natürlich müßte mit dieser Betriebsrationalisierung eine Rationalisierung des Absatzes, eine bessere Verbindung von Stadt und Land, eine Ausschaltung überflüssigen Zwischenhandels Hand in Hand gehen, dann würde der Bauer mehr für seine Produkte bekommen und der Konsument in der Stadt weniger dafür zahlen wie heute! Sie kann aber nur erreicht werden, wenn Besitzer und Arbeiter mehr von den landwirtschaftlichen Forschungsergebnissen kennen, wie das heute der Fall ist.

Geheimrat Oldenburg vom Preussischen Landwirtschaftsministerium forderte in einer auf Verlangen des Enqueteausschusses geschriebenen und veröffentlichten Broschüre für Preußen erhöhte Ausgaben für das landwirtschaftliche Bildungswesen, im ersten Jahrfünft jährlich 9,5 Millionen, im zweiten 20,5, im dritten 24, im vierten 25,5, im fünften Jahrfünft 27 Millionen. Wenn diese Summen noch viel höher wären, so spielten sie mit den 12 Millionen jährlich, die Preußen heute für diesen Zweck aufwendet, gar keine Rolle, wenn man sie in Beziehung setzt zu dem Wert der landwirtschaftlichen Produktion, der auf 13 Milliarden jährlich geschätzt werden kann.

Aber Bildung für das Volk war dem Agrarier immer ein Greuel, da sie sich schlecht mit leibeigenschaftsähnlicher Ausbeutung verträgt. Soll das anders werden, so braucht das arme Volk politische Macht, die es sich, wenn es will, bei den nächsten Wahlen erobern kann!

Ein unerhörter Schiedsspruch.

Im Nachener Arbeitszeitkonflikt wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Die zurzeit gültige Arbeitszeitregelung tritt mit Wirkung vom 1. Februar wieder in Kraft, jedoch mit folgender Maßgabe: Hinsichtlich der Arbeitszeit über Lage findet bezüglich der durchgehenden Betriebe im unmittelbaren Anschluß an dieses Verfahren eine Prüfung durch ein Schiedsgericht statt; das Schiedsgericht besteht aus je zwei seitens der Parteien erwählten Beisitzern und dem Schlichter oder seinem Vertreter als Vorsitzenden; es entscheidet auf Grund örtlicher Befichtigung über die Arbeitszeit der genannten Betriebe endgültig und bindend.

2. Diese Regelung ist am 15. September erstmalig mit sechs-wöchiger Kündigungsfrist zum Monatsende und dann jeweils in der gleichen Weise kündbar.

3. Erklärungsfrist: 25. Januar bis 18 Uhr gegenseitig und gegenüber dem Schlichter.

Dr. Joetten.

Vorbereitung zu neuem Kampf.

Am 29. Januar tagte in Aachen eine Bezirkskonferenz des Verbandes, auf der die Zahlstellen, die Betriebe, die Bezirkskommission und Bezirksleitung sowie Kamerad Witner vom Hauptvorstand vertreten waren. Einstimmig gelangte folgende Entschliebung zur Annahme:

„Gestützt auf die Beschlußfassung der Revierkonferenz vom 11. September 1927 und der Konferenz der Bezirkskommission am 18. Dezember 1927 wurde der Schiedsspruch über die Arbeitszeit vom 26. März 1927 am 31. Januar 1928 gekündigt.“

Die Bezirkskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Aachen, die am 29. Januar 1928 im Lokale Linken, früher Zell, in Aachen tagt, stellt mit Bedauern fest, daß die Verhandlungen zu keinem Erfolg geführt haben. Sie lehnt mit aller Entschiedenheit den provokatorischen Antrag der Unternehmervertreter, die Arbeitszeit zu verlängern, ab. Ebenso entschieden lehnen die Konferenzteilnehmer den vom Schlichter gefällten ganz untragbaren Schiedsspruch, der die immer noch bestehende überlange Arbeitszeit auf neun Monate festlegt, ab.

Konferenz stellt fest, daß die Bedingungen, die her am 10. Januar 1924 gefällte Schiedsspruch in Bezug auf Ueberarbeit vor-sach (Erreichung der Friedensförderung) längst erfüllt sind und daß die Friedensförderung real wie prozentual bei weitem überschritten ist.

Auf Grund dieser Feststellung verlangt die Konferenz die Annullierung des Schiedspruches, der ganz offen als

ein Schandspruch

für die Bergarbeiter angesprochen werden kann. Die Bergarbeiterschaft verlangt mit Recht eine kürzere Arbeitszeit und beschließt einmütig, sich eventuell mit allen ihr zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln die kürzere Arbeitszeit zu erkämpfen.

Die Unterhändler des Verbandes werden beauftragt, bei den am 30. Januar im Reichsarbeitsministerium in Berlin stattfindenden Nachverhandlungen alles daranzusetzen, daß dieser Schand-schiedspruch nicht verbindlich gemacht, sondern aufgehoben wird, damit die heben- bzw. achtstündige tarifliche Schichtzeit baldmöglichst wieder eingeführt wird.

Die Konferenz beauftragt die Bezirksleitung, auf neue alle daran zu setzen, damit die gestellten Ziele recht bald verwirklicht werden.

In Anschauung der schweren Notlage betrachtet Konferenz es als eine Selbstverständlichkeit, daß die ebenfalls absolut unzulässige Lohnordnung zum nächsten Termin gekündigt wird. Es muß unter allen Umständen eine weit höhere und bessere Bezahlung herbeigeführt werden.

Wenn die heutige Konferenz die Bezirks- und Verbandsleitung beauftragt, alle Maßnahmen zur Durchführung einer

Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit

zu treffen, so ist sie sich damit der Tatsache bewußt, daß die Arbeitgeber, getreu ihrer blühenden Haltung, freiwillig die so dringend notwendige Erhöhung der Löhne nicht geben werden. Sie hält es deshalb für erforderlich, daß die Belegschaften die Organisationsleitungen im Kampfe um die Erhöhung des Bergarbeiterlohns nach allen Kräften unterstützen. Die Stärkung des Verbandes ist das beste Mittel, um den Arbeitgeber zu zwingen, der Forderung der Arbeiterschaft nachzukommen.

Die Konferenz fordert alle Kameraden des Bismarckreviers auf, alles zu tun, um die Einheit und Geschlossenheit der Bismarckbelegschaften zu fördern. Die Bewegung um Erlangung besserer Wohn- und Arbeitsbedingungen darf und wird nur geführt werden vom Bergarbeiterverband. Nur eine starke Organisation ist in der Lage, dem Bergarbeiter die gebührende Achtung zu verschaffen.

Sollten die Nachverhandlungen beim Arbeitsministerium in Berlin nicht befriedigen und die gegenwärtige Arbeitszeit behauptet werden, so beauftragt die Konferenz die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes, eine allgemeine Kündigung des Arbeitsverhältnisses zum nächsten Ablauftermin des Schiedspruches vorzunehmen.

Am 1. Februar wurde der Schiedspruch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

Verpflichtungen soll man halten, wenn es irgendwie zugänglich ist. Die Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 8 1/2 Stunden unter Tage erfolgte durch den Schiedspruch vom 10. Januar 1924 unter der Voraussetzung und mit dem Versprechen, den alten Zustand wieder herzustellen, wenn die Verhältnisse sich gebessert hätten.

Die Voraussetzungen sind längst erfüllt. Wie wir in Nr. 3 der „Bergarbeiter-Zeitung“ zeigten, betrug die Förderung im Jahre 1926 141,5 Prozent der von 1913, während die Belegschaft nur auf 125,6 Prozent angewachsen war. Die Steigerung hat in 1927 angehalten. Verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres stieg in den ersten drei Quartieren 1927 die Förderung von 3 303 504 Tz. auf 3 725 115 Tz. oder um 12,76 Prozent, während die Belegschaft um nur 6,25 Prozent stieg.

Der Fördererichichtanteil (Gesamtbelegschaft) betrug im Jahre 1913: 768 Ag., 1926: 815 Ag., die Schichtverkürzung um eine Viertelstunde trat am 1. Juni 1927 in Kraft. Im 1. Vierteljahr 1927 (bei 8 1/2 Stunden unter Tage) betrug der Anteil 839 Ag. im ganzen Jahr (mit sieben Monaten mit 8 1/2-stündiger Schicht) betrug er 844 Ag., ein Beweis, daß er auch bei der viertelstündigen Verkürzung der Schichtzeit nicht unersetzlich gestiegen ist. Die Belegschaft ist seit der Schichtverkürzung nur um 400-500 Mann gewachsen.

Wie Direktor Treutler als Unternehmervertreter bei den Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung zugab, hat der Aachener Bergbau keine Konkurrenz von anderen deutschen Bergbaugesellschaften zu erleiden. Damit wird die eigentliche Begründung des Schiedspruches durch den Schlichter und den Reichsarbeitsminister entkräftet, daß Aachen mit der Ruhr in enger wirtschaftlicher Verbindung stehe, daß an der Ruhr das Mehrarbeitsabkommen gekündigt sei und daß sich deshalb eine Arbeitszeitverkürzung in Aachen nicht empfehle!

Was soll das heißen? Aachen kann die Verkürzung um eine Viertelstunde tragen. Sachsen hat bei achtstündiger Schicht im Oktober 1927 (letzte uns bekannte Zahl) einen Fördererichichtanteil von 647 Ag., Niederachsen im Oktober 820 Ag. Aachen hat eine viel bessere Kohle und höheren Schichtfördereranteil. Soll die Begründung etwa heißen, daß der Arbeitsminister der Entwicklung im Ruhrgebiet vorgehen, die Verhältnisse in Aachen schlecht lassen will, damit sich die Unternehmer an der Ruhr darauf besinnen können? Uns scheint, daß das ein gefährliches Spiel ist, das diese Stellen lieber nicht treiben sollten!

In den Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung machten die Arbeitgebervertreter nach einem Vermittlungsvorschlag, wonach es für Februar bei der nächsten Schicht bleiben sollte, damit die im Schiedspruch enthaltenen Unklarheiten inzwischen beseitigt und eine Nachprüfung der Verkürzung der Arbeitszeit über Tage vorgenommen werden könne. Auch dies Entgegenkommen wurde abgelehnt.

Wir begreifen den Standpunkt der Unternehmer, wir verstehen aber nicht die Kurzsichtigkeit des Schlicht-

Revierkonferenz für Oberschlesien.

Der Bezirk Oberschlesien des Bergarbeiterverbandes hielt am 29. Januar im Volkshaus in Beuthen eine Revierkonferenz ab, an der 185 Funktionäre, darunter 10 aus Ost-Oberschlesien, teilnahmen. Die Versammlung nahm zunächst den Jahresbericht entgegen, den Bezirksleiter Kossakow leitete.

Der Bericht der Bezirksleitung zeigte in allen Teilen eine rege Tätigkeit im Jahre 1927

und damit eine gute Aufwärtsentwicklung des Verbandes. Im einzelnen zeugte der Bericht von einer intensiven Kleinarbeit. Insgesamt wurden 404 Belegschaftsmitglieder- und öffentliche Versammlungen abgehalten. Daneben kamen die Funktionäre noch zu einer außerordentlich großen Anzahl von Revierkonferenzen, Arbeitsgemeinschaftssitzungen, Ortsverwaltungs- und Betriebsratsitzungen, Knappchaftskonferenzen und Knappchaftsvorstandsitzungen und anderen Konferenzen zusammen. Die juristische Tätigkeit vor dem Amtsgericht und den Berggewerbe-gerichten gestaltete sich im letzten Jahre sehr umfangreich. Vor dem Arbeitsgericht und den Berggewerbegerichten sind 255 Klagen vertreten worden, von denen 43 verloren, 178 gewonnen und 14 zurückgezogen wurden. Vor den Arbeitsgerichten vertrat der Verband 384 Streitfachen, von denen 92 verloren, 251 gewonnen und 41 zurückgezogen wurden. Beim Landesarbeitsgericht und Oberlandesgericht ist der Verband in 19 Fällen aufgetreten und hat 6 verloren und 13 gewonnen. In Unfallsachen hat der Verband 135 mal geklagt und davon 98 mal gewonnen. Vor dem Knappchaftsverwaltung und dem Knappchaftsversicherungsamt hat der Verband 212 Klagen eingbracht. Auch die übrigen Klagesachen vor den Versorgungs- und Wirtschaftsgerichten waren sehr umfangreich. Die Anträge und Beschwerden bei den Behörden, die schriftliche und mündliche Rechtsauskunft steigt in viele Tausende von Fällen.

Die Zahlen zeigen, daß der Verband unter erheblichen Aufwendungen an Gerichtskosten für seine Mitglieder doch recht viel herauskamen konnte. Die Tätigkeit der Bruderorganisation in Ost-Oberschlesien war im abgelaufenen Jahre sehr umfangreich.

Der Mitgliederbestand ist in Deutsch-Oberschlesien dank der eifrigen Werbetätigkeit angewachsen, wenn er auch noch nicht an das heranreicht, was man bei der Belegschaftstärke erwarten müßte. Weitere rege Arbeit der einzelnen Funktionäre wird hier einsehen müssen, um die Gleichgültigen heranzuziehen. Die Mitgliederzahl in Ost-Oberschlesien ist ebenfalls gestiegen. Die Kassenverhältnisse haben sich gut entwickelt.

Arbeitszeit und Lohnsätze.

Das Ergebnis der schwierigen Verhandlungen war die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Viertelstunde ab 1. März und um eine weitere Viertelstunde ab 1. September, so daß die Arbeitszeit unter Tage jetzt schon acht Stunden beträgt. Das Lohnabkommen lief am 1. Juni ab. Die Verhandlungen brachten eine Lohnerhöhung von 5 Prozent über und von 4 Prozent unter Tage sowie prozentual gestaffelte Ueberstundenzuschläge. In der wiederholt angeregten Frage einer zweischichttariflichen Lösung für die Zeit des bestehenden Lohnabkommens hat der Verband nichts unversucht gelassen und sich an den Schlichter gewandt, nachdem die Arbeitgeber eine beratige Lösung kategorisch abgelehnt hatten. Der Schlichter erklärte sich bereit, lediglich zu vermitteln, aber nicht in den Vertrag einzugreifen, so daß also vorläufig nichts unternommen werden kann.

Nach dem umfangreichen Jahresbericht sprach dann Bezirksleiter Kossakow zur wirtschaftlichen Lage. (Wegen Raumangel bringen wir einen längeren Auszug aus diesem Referat in der nächsten Nummer unseres Organs.) Folgende

Entschliebung

wurde von der Konferenz angenommen:

ters und des Arbeitsministers. Bleibt diese Kurzsichtigkeit Gewohnheit dieser Stellen, so ist mit Sicherheit in Wälder mit schweren Wirtschaftskämpfen im Bergbau zu rechnen, denn Vorkriegsarbeitszeit und ungenügende Löhne kann der Bergmann auf die Dauer nicht mehr tragen!

Mögen die Kameraden des Aachener Bezirks durch gründliche Agitations- und Organisationsarbeit dafür sorgen, daß man ihnen das letztemal einen solchen Schiedspruch geboten hat!

„Die am 29. Januar 1928 in Beuthen tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Oberschlesien, billigt ausdrücklich die bisherige Haltung der Verbandsleitung. Sie nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die verlangte zweischichttarifliche Lohnerhöhung von den Arbeitgebern abgelehnt worden ist. Von einer vorhandenen Notlage der Bergwerksbesitzer kann keine Rede sein. Den günstigen Jahresabschluss von 1927 können auch die Zeitschriften der Arbeitgeber nicht abstreiten. Die Förderleistung im Gesamtdurchschnitt sowie pro Kopf ist gegenüber der Vorkriegszeit stark gestiegen. Dagegen stehen die Reallohnne der Bergarbeiter weit unter denen der Vorkriegszeit. Die schlechte Entlohnung muß dazu führen, daß der Bergmann unter seiner besonders schweren und gefährlichen Berufsarbeit zusammenbricht. Lange Krankheit und frühes Gedelium sind die unausbleiblichen Folgen. Daneben wirkt die herrschende Antreiberei auf die Arbeitskraft direkt verulstend. Der obereschlesische Bergarbeiter braucht unbedingt Verkürzung der Arbeitszeit und bedeutend höhere Löhne, um sich weiter arbeitsfähig zu halten.“

Die Konferenz beauftragt die Organisationsleitung, zum ersten fälligen Termin die Kündigung des Mehrarbeitszeitabkommens und des Lohnsatzes auszusprechen.

Die Konferenzteilnehmer sind sich dessen bewußt, daß für die kommenden Kämpfe eine gut ausgebaute Organisation der Arbeiterschaft notwendig ist, um wesentliche Vorteile zu erreichen. Sie versprechen, alles daran zu setzen, um auch die noch Fernstehenden dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands als Mitkämpfer zuzuführen. Nur eine starke Organisation ist in der Lage, dem Bergarbeiter die gebührende Achtung zu verschaffen.“

Die Tragödie in der Rhön.

Und wer allein helfen kann.

Der „Bund religiöser Sozialisten für Thüringen“ veröffentlichte am 25. März 1927 in der „Eisenacher Volkszeitung“ einen Aufruf, in dem die Arbeitsverhältnisse der in den Kalischächten des Werragebietes beschäftigten Arbeiter scharf geißelt wurden. Wir geben den Wortlaut des Aufrufs nachstehend wieder:

„Die Tragödie in der Rhön.“

Morgens um 3.30 Uhr verlassen ungezählte Kalkarbeiter der Rhön ihre Heimstätte, abends 9, 9.15, 9.30 Uhr kommen sie nach Hause. Eine reine Arbeitszeit von 10 Stunden (d. h. 12 Stunden im Betrieb) und eine gänzlich unzulässige Verbindung von Wohn- und Arbeitsstätte bewirken das. Wochenlang sehen die Kinder den Vater nicht, der morgens weggeht, wenn sie noch schlafen, abends wiederkehrt, wenn sie schon schlafen.

Scharfe Antreiberei und rücksichtslose Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft treten hinzu. Heute beträgt die durchschnittliche Arbeitsleistung eines Kalkarbeiters um 48 Prozent mehr als in der Vorkriegszeit. Krankheitsfälle und Anmeldeungen zur Invalidität mehren sich beständig.

Um Neuregelung der Arbeitszeit kämpfen die Arbeiter der Rhön und des Werragebietes in diesem Augenblick. Wir rufen unserer Kirche, allen kirchlichen und christlichen Menschen zu: Prüft unparteiisch die Lage in der Rhön und fragt euch, was ihr tun könnt, um müßt, einer Bevölkerung, die treu zu unserer Kirche steht, die Möglichkeit der Kindererziehung, des Familienlebens, der Gesundheit und Lebenskraft zu erhalten.

Wir fragen den Landtag und Bevölkerung Thüringens, Reichstag, Reich und Reichsarbeitsminister, ob sie länger zusehen wollen, daß eine vom Reich so weitgehend geförderte Industrie, wie die Kalkindustrie es ist, vernichtenden Raubbau an Leben, Gesundheit, Sittlichkeit und Familienleben einer fernhaften Gebirgsbevölkerung treibt, und daß Verkehrsverhältnisse, für die der thüringische Staat mitverantwortlich ist, dies Werk verstärken?

Das polnische Urlaubsgesetz für die Arbeiterchaft vom 16. Mai 1922.

Artikel I. Die auf Grund von Dienstverträgen beschäftigten Arbeiter in der Industrie, im Bergwerk, Handel, Bureau, Verkehr und Transport, in Spitälern, Institutionen der sozialen Fürsorge und der öffentlichen Werke, wie auch in Unternehmungen, die zwar nicht auf Profit berechnet sind, jedoch oben angeführte verwandte Kategorien von Arbeitnehmern beschäftigen — ungeachtet dessen, ob diese Unternehmungen Privat-, Staats- oder Kommunal-eigentum sind — mit Ausnahme der in Saisonunternehmungen beschäftigten Arbeitnehmer, in welchen die Arbeitsdauer weniger als zehn Monate jährlich beträgt, haben jedes Jahr den Anspruch auf entlohnbaren Urlaub.

Industriebetriebe, welche vier oder weniger Arbeitnehmer beschäftigen, fallen nicht unter das Gesetz.

Artikel II. Der Anspruch auf einen achtstägigen entlohnbaren Urlaub steht den im Artikel I aufgezählten Arbeitnehmern zu, wenn ihre Arbeit in gegebener Unternehmung ohne Unterbrechung ein Jahr dauerte, auf fünfzehntägigen Urlaub, wenn sie ohne Unterbrechung drei Jahre dauerte.

Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren haben auf einen vierzehntägigen Urlaub Anspruch, wenn sie ein Jahr ohne Unterbrechung beschäftigt wurden. Auf diesen Urlaub haben auch Lehrlinge Anspruch, aus derjenigen Unternehmung, welche weniger als vier Arbeitnehmer beschäftigen.

Allen geistigen Arbeitern, die in Handel, Industrie und Bureau beschäftigt sind, gebührt nach halbjähriger ununterbrochener Arbeit ein zweimonatiger Urlaub, nach einjähriger ununterbrochener Arbeit ein einmonatiger entlohnbarer Urlaub.

Eine Unterbrechung in der Beschäftigung im Betriebe infolge Krankheit, Unglücksfall, wie auch infolge Einberufung zur Waffenübung wird nicht als eine Unterbrechung im Dienstvertrage betrachtet, die den Anspruch auf Urlaub aufhebt oder einschränkt. Bei Bergarbeitern und Bohrer, wenn sie vom Dienste einer Unternehmung in den Dienst einer anderen übertritten, unterbricht dieser Übertritt nicht die für den Urlaubsanspruch vorgeschriebene Zeitdauer, wenn seit dem Verlassen der Arbeit dem neuerlichen Antritte derselben in dem gleichen Revier nicht mehr als 14 Tage, in einem anderen Revier nicht mehr als 21 Tage verfloßen sind.

Artikel III. Der Arbeitnehmer verliert den Anspruch auf Urlaub, wenn er selbst den Dienstvertrag gelöst hat oder wenn die Auflösung aus solchen Gründen erfolgte, die dem Unternehmer

das Recht auf Auflösung ohne vorherige Kündigung geben. Der Arbeitnehmer verliert das Recht auf Entlohnung für die Urlaubszeit, wenn er während des Urlaubs beruflich in einer anderen Unternehmung tätig war.

Artikel IV. Der Beurlaubte erhält für die ganze Urlaubszeit normale Gehühren. Wenn die Arbeit auf Akkord oder auf Stück geleistet wird, dann wird die Entlohnung für die Urlaubszeit auf Grund des Durchschnittslohnes des Arbeitnehmers der letzten drei Monate vor dem Urlaub berechnet.

Lehrlinge und Praktikanten erhalten ihre Urlaubszeit mit nicht geringerer Entlohnung als dieQUOTE, auf welche sie in der Krankenkasse versichert sein müssen.

Artikel V. Den Arbeitnehmern steht das Recht zu, gegenseitige Verständigung bezüglich der Reihenfolge des Urlaubsanspruches zu pflegen. Zu diesem Zweck sollen durch beauftragte Arbeitnehmer Listen der zum Urlaubsanspruch berechtigten Personen hergestellt werden, und zwar separat für jeden Monat sollen diese Listen einvernehmlich mit den Unternehmungsverwaltungen vereinbart werden. Würde das Einvernehmen nicht verlangt, dann entscheidet der zuständige Gewerbeinspektor.

Im Falle einer Krankheit des Arbeitnehmers, die den Antritt des anerkannten Urlaubs unmöglich macht, muß dieser Urlaub auf Verlangen des Kranken auf einen der nächsten drei Monate verschoben werden. In der Zeit vom 1. Mai bis 30. September müssen wenigstens 50 Prozent der allgemeinen Arbeiterzahl, die im gegebenen Unternehmen beschäftigt sind, vom Urlaubsanspruch Gebrauch machen. Nötigenfalls, wenn dies mit Rücksicht auf die Natur der Produktion erforderlich ist, kann das Arbeitsministerium für besondere Produktionszweige oder besondere Unternehmungen obiges prozentuale Verhältnis anders regeln.

Artikel VI. Der Arbeitsminister kann im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Industrie, wie auch anderen zuständigen Ministern, nach Anhören der Ansicht der Gewerkschaftsverbände und der Unternehmer Verordnungen und Vorschriften erlassen, welche Ausnahmen vom obigen Rechte für besondere Unternehmungsgruppen, insbesondere bezüglich des Erteilens des Urlaubs für verantwortliche Personen oder bezüglich der Zeit, in welcher der Urlaub erteilt werden soll.

Artikel VII. Die Auflösung des Dienstvertrages durch Unternehmer oder Arbeiter und Wiederaufnahme des Dienstverhältnisses im Laufe der nächsten drei Monate wird nicht als eine Unterbrechung im Dienstvertrage betrachtet, die den Arbeiter seines Rechtes auf Urlaub benehmen kann.

Artikel VIII. Die Arbeitszeit, die im gegebenen Unternehmen noch vor Einführung dieses Gesetzes geleistet wurde, wird zu den durch dieses Gesetz vorgesehenen Berechtigungen umgerechnet.

Artikel IX. Kollektive wie auch individuelle Verträge, die den Arbeitnehmern entlohnbaren Urlaub auf günstigere Bedingungen, als sie dieses Gesetz regelt, zusichert, bleiben in Kraft.

Artikel X. Wer die Verletzung dieses Gesetzes verschuldet, wird auf gerichtlichem Wege mit einer Geldstrafe bis zu 50 000 Mt. (16. 5. 22) oder mit einer Arreststrafe bis zu einem Monat bestraft.

Artikel XI. Mit der Durchführung dieses Gesetzes wird der Arbeitsminister im Einverständnis mit dem zuständigen Minister beauftragt.

Artikel XII. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Geistigen Arbeitern in anderen Arbeitszweigen steht ein Urlaub nur wie den Arbeitern zu.

Zum Artikel III. Wird ein Arbeiter entlassen, der schon das Recht auf Urlaub, diesen aber nicht ausgenutzt hat, so muß ihm die Urlaubszeit bezahlt werden.

Da das Gesetz am 1. Juni in Kraft tritt, so haben alle Arbeitnehmer, denen vor dem 1. Juni gekündigt wurde, das Recht auf Urlaub. Die Arbeitnehmer haben nicht das Recht, die Bezahlung der Urlaubszeit im voraus zu verlangen.

Um allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wird es sich empfehlen, Vorschüsse auf den Urlaub zu zahlen.

Zum Artikel IV. Als Zahlungsart der Urlaubszeit gelten die Stunden- oder Tagesätze, die der Arbeitnehmer zu verlangen hätte, wenn er gearbeitet hätte. Die in der Urlaubszeit vorkommenden Lohnerhöhungen sind zu berücksichtigen.

Bei beiderseitigem Einvernehmen kann Sommerurlaub erteilt werden, d. h. wenn der ganze Betrieb oder ein Teil des Betriebes auf bestimmte Zeit geschlossen wird und fast alle Arbeitnehmer des Betriebes vor ihrem Urlaubsrecht Gebrauch machen. Solche Sommerurlaube sind mehr zu empfehlen, wenn die Art und Weise des Betriebes eine solche Urlaubsform verlangt. In Zweifelsfällen entscheidet das Ministerium der Arbeit.

Die nicht zum Urlaub Berechtigten müssen in der Zeit des Sommerurlaubs beschäftigt werden. Falls ihnen nicht rechtzeitig gekündigt wurde, müssen sie für die Zeit der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit bezahlt werden.

Zum Artikel VI. Falls sich Schwierigkeiten in der Verwirklichung des Urlaubsanspruches ergeben sollten, so sind Ausnahmen nach § 6 des Gesetzes zulässig. Diese Betriebe wenden sich an den zuständigen Arbeitsinspektor und dieser gibt den Antrag mit einem Bericht an das Arbeitsministerium weiter.

Bei Einführung dieses Gesetzes ist für das laufende Jahr folgendes zu beachten: Betriebe, die das Urlaubsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfallen lassen wollen, haben das Recht, den Urlaub, den die Arbeitnehmer schon in dem laufenden Jahre genommen haben, auf den Urlaub anzurechnen, der den Arbeitern

in Ausführung des Gesetzes zusteht.

Wir rufen nur zu unparteiischer Prüfung auf! Wer die vollziehen wird, wird erkennen, daß es hier höchste Zeit zum Eingreifen und zur Hilfe ist. —

Dieser Aufruf hat nun scheinbar die Eifersucht und den Konkurrenzneid (ohne daß wir damit irgendwie höhnen wollen) der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft evangelischer Männer und Frauen Thüringens“ geweckt. In dem „Monatsblatt“ dieser Gemeinschaft (Nr. 12, 1927) verbreitet sich nämlich der Schriftleiter desselben, Herr Pfarrer Rodenberg, im Anschluß an die Wiedergabe vorstehenden Aufrufes in einer längeren Abhandlung über die Ursachen und besonderen Faktoren, aus dem heraus die gezeigten Arbeitsverhältnisse entspringen. Er kommt zu dem Schluß, daß alle sozialen Fragen Gottesfragen seien, „d. h. Fragen, die Gott an uns richtet und uns auf Herz und Gewissen legt und die nur von Ihm aus und unter Anerkennung Seiner ewigen Bindungen und Befehle zu einer schrittweisen Lösung geführt werden können.“

Herr Pfarrer Rodenberg scheint dann ziemlich stolz gewesen zu sein auf seine „Studien über die Arbeitsverhältnisse in der Kallindustrie des Verragebietes“ und dachte sich wohl, daß die Angestellten des Bergarbeiterverbandes sicher auch noch daraus lernen könnten. Er übersandte seinen Artikel mit nachstehendem Schreiben an den Kameraden Bode-Hannover:

„Sehr geehrter Herr Bode! Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des Reichskaltrats in der Anlage eine Nummer des Organs der Sozialen Arbeitsgemeinschaft evangelischer Männer und Frauen Thüringens e. V. übersende im Hinblick auf die darin enthaltene Abhandlung über die Arbeitsverhältnisse in der Kallindustrie des Verragebietes. Ich darf wohl annehmen, daß diese Abhandlung in Erinnerung an den feinerzeit Ihnen gewiß bekannt gewordenen Aufruf der Gruppe der religiösen Sozialisten Ihr Interesse erregt und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre aus eigener Sachkenntnis etwa abweichende oder meinen Ausführungen zustimmende Einschätzung freundlichst mitteilen könnten.“

Mit besonderer Hochachtung empfehle ich mich Ihnen
Rodenberg, Sozialpfarrer.“

Unser Kamerad Bode gab darauf folgende Antwort:

„An die Soziale Arbeitsgemeinschaft evangelischer Männer und Frauen Thüringens zu Winterstein.“

Auf Ihre gefl. Zuschrift vom 26. d. M. gestatte ich mir, folgendes zu erwidern:

Als Mitglied des Reichskaltrats sind mir die Verhältnisse in der Kallindustrie sowie die Verhältnisse der Arbeiter in dieser Industrie leider zur Genüge bekannt. Der Aufruf des Bundes religiöser Sozialisten für Thüringen am 25. März 1927 in der „Eisenacher Volkszeitung“ wird nur ein leerer Aufruf bleiben, wenn nicht die Kallarbeiter in der Rhön zur Selbsthilfe greifen. Die Arbeitgeber in der Kallindustrie in der Rhön pfeifen auf die Religiösität und werden sich nur erst dann zur Besserung der Ver-

hältnisse ihrer Arbeiter bequemen, wenn die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greift, d. h. wenn die Kallarbeiter in der Rhön endlich zu der Einsicht kommen, sich reiflos ihrer wirtschaftlichen Organisation anzuschließen. Erst dann wird Besserung eintreten. Der Bund religiöser Sozialisten für Thüringen wird gar nichts daran ändern können.

Wir bitten, auch dieses zu veröffentlichen.
Hochachtungsvoll!
Bode.“

Wir haben dem nichts mehr hinzuzufügen.

Die Gelben verlangen Streitbruchprämie.

Ein Kapitel zur Unabhängigkeit der Werksgemeinschaften. Der Vorstand beantragt Streitbruchprämie.

Wir erhalten eine Abschrift des nachstehenden Schreibens überhandt:

Auf Antrag des Vorstandes der Werksgemeinschaft sowie des Herrn Betriebsratsvorsitzenden Werner haben wir uns entschlossen, denjenigen unseren Mitarbeitern, welche während des ganzen Streiks gearbeitet haben, außer den schon gemachten Zuwendungen noch einen besonderen Betrag zukommen zu lassen. Die auf Sie entfallende Summe in Höhe von fünf Reichsmark haben wir in der Sparkasse des Werkvereins auf Ihren Namen eingezahlt, um Ihnen Gelegenheit und Anreiz zu geben, diese außerordentlich gute Einrichtung kennen zu lernen.

Durch die Annahme dieses Sparbuches verpflichten Sie sich, bei der Sparkasse des Werkvereins wöchentlich einen Betrag von mindestens 0,50 M. zu sparen. Das gesparte Guthaben bleibt mindestens ein Jahr gesperrt, kann also frühestens am 31. Dez. 1928 abgehoben werden. Wir hoffen aber bestimmt, daß Sie durch die außerordentlich gute Verzinsung, welche die Sparkasse des Werkvereins zahlt (in den letzten beiden Jahren betrug die Verzinsung 10 Prozent), sich für das Weiterspahren auch nach dem 31. Dezember 1928 entschließen. Sie schaffen sich durch diese Einrichtung, ohne den abgezogenen Betrag besonders zu empfinden, einen Grundstock, der Ihnen in den Zeiten der Not Hilfe gewähren kann.

Sollten Sie sich zu den wöchentlichen Sparbeträgen nicht entschließen können, so entfällt auch unfereiseits die beabsichtigte Zuwendung. Sie wollen uns daher auf beigefügtem Formular von Ihrer Entschließung Kenntnis geben.

Braunkohlen- und Brikett-Industrie-A.G. (Wublag)
Werkdirektion Müdenberg.
gez.: Dr. Geiger.

Jeder Kommentar ist hier überflüssig. Vielleicht aber kann dieses Schreiben einigen Arbeitsrechtlich Unruhigen geben, über ihre „objektive Stellung“ bei der Beurteilung der Tariffähigkeit der „Werksgemeinschaften“ etwas tiefer nachzudenken.

Kameraden!

Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die



fällig. Wir bitten die Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Attentat gegen den Achtstundentag

Am 2. Februar gab in der Sitzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts in Genf der Vertreter der englischen Regierung, Buterton, die Erklärung ab, daß die englische Regierung die Washingtoner Konvention über den Achtstundentag nicht ratifizieren könne. Sie beantrage, die Frage der Revision dieses Abkommens auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1929 zu setzen. Der Verwaltungsrat solle baldigst mit den Vorarbeiten für die Wenderung beginnen.

Die Rede war die Antwort auf scharfe Angriffe des englischen Arbeitervertreters Poulton wegen der Nichtratifizierung durch die großen Länder. Die Rede löste große Bewegung aus.

Der französische Arbeiterdelegierte Souhauz erklärte in großer Zuregung, daß die Arbeiterklasse einen prinzipiell anderen Standpunkt einnehme, brauchte er kaum zu betonen, aber man wisse jetzt jedenfalls, woran man sei. Er bestritt, daß es industrielle Faktoren waren, die die Ratifizierung der Achtstunden-Konvention unmöglich machen und behauptete, es seien lediglich allgemeine wirtschaftliche Umstände, die nicht hier, sondern im Weltverband zu besprechen seien, die der Ratifizierung im Wege ständen. Mit harter Entrüstung erklärte er, als Vertreter der französischen Arbeiterklasse seiner tiefsten Enttäuschung über die Erärterung der englischen Regierung Ausdruck geben zu müssen. Man hat uns hier immerfort erklärt, jagte der französische Arbeiterführer, daß die Arbeitsbedingungen in England und Deutschland die fortgeschrittensten in der Welt sind und jetzt macht man sich hier lustig über die kleineren Länder, die die achtstunden-Konvention schon ratifiziert haben und sie auch durchzuführen. Ihnen jagt man doch jetzt indirekt, daß sie nicht intelligent genug gewesen sind, die modernen Arbeitsbedingungen zu erfassen, wenn sie dumm genug waren, die Konvention zu ratifizieren.

In der am Nachmittag fortgesetzten Debatte jagte der Vertreter der belgischen Regierung, Waghaim, in sehr ernstem Tone, daß auch Belgien, das die Konvention ratifiziert hat, Schwierigkeiten zu überwinden gehabt hätte bei der Durchführung der Achtstunden-Konvention, aber es hätte sie eben überwunden. Er beantragte schließlich, die für eine Revision der Konvention notwendige Wenderung der Geschäftsordnung der Arbeitskonferenz sofort vorzunehmen und sie auf die Tagesordnung schon der diesjährigen Arbeitskonferenz zu setzen.

Der deutsche Arbeiterdelegierte Hermann Müller führte in einer großen Rede aus, daß bisher noch jedesmal, wenn man im Verwaltungsrat über den Achtstundentag diskutiert habe, dieses dem Achtstundentag schmeichelt bekommen sei. Aber die heutige Erklärung der englischen Regierung, jagte Müller, hat alle Anstrengungen der letzten Jahre, zu einem friedlichen Dauerverhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu kommen, zunichte gemacht. Jetzt bestehe also keine Aussicht mehr, daß die Achtstunden-Konvention in den nächsten Jahren ratifiziert werden könnte. Die Erklärung der englischen Regierung sei eine Herausforderung der Arbeiterschaft und eine Brückierung derjenigen Regierungen, die der englischen Regierung seinerzeit nach London auf die von ihr einberufene Konferenz gefolgt sind. Die Stunde, in der diese Erklärung hier verlesen wurde, führte Müller aus, war eine Schicksalsstunde für das Internationale Arbeitsamt selbst.

In der weiteren Debatte sprach auch der deutsche Regierungsdelegierte Geheimrat Feig. Er wies darauf hin, daß Deutschland ebenfalls seine Ratifizierung von der englischen Regierung abhängig gemacht hat und erklärte, daß der englische Antrag heute vollkommen überraschend gekommen sei, so daß er keine Anweisungen besäße, dazu Stellung zu nehmen. Es würde die Prüfung des Antrages der englischen Regierung erleichtern, wenn sie nicht nur allgemein eine Revision beantragte, sondern auch die einzelnen Punkte angeben würde, die sie für revisionsbedürftig hält, um so mehr, als auch der deutschen Regierung eine große Zahl juristischer Bedenken für die Ratifizierung nicht vorzulegen gebieten sind. Jedenfalls aber halte er es für wünschenswert, die Entscheidung über den englischen Antrag bis April zu verschieben, dagegen schließe er sich dem belgischen Antrag durchaus an, die Modalitäten für jede Art Revision sofort festzulegen.

Diese Kampfansage, die nicht nur von der englischen Regierung, sondern mit ihr sicherlich von internationalen Unternehmerkreisen ausgeht, muß ein Alarmruf für die internationale Arbeiterklasse werden. Im deutschen Reichstag wird sie sofort das gebührende Echo finden. Draußen im Lande müssen alle Arbeiter erkennen, daß nunmehr der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit in ein noch ernstere Stadium getreten ist. Er muß geführt werden im Parlament, aber ganz besonders draußen im Lande mit allen Mitteln gewerkschaftlicher Macht und Taktik, gestützt auf stets größer werdende, allen Eventualitäten gewachsene Organisationen.

Bergamt Leipzig und Ueberstunden.

Das Bergamt Leipzig billigt die von den Arbeitgebern verlangte Arbeitszeitverlängerung im Bornaer Braunkohlenrevier.

Am 22. April 1927 wurde in der Frage der Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenrevier, zu welchem auch das Bornaer Revier gehört, ein Schiedspruch gefällt, welcher vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt wurde und wonach die Arbeitszeit vom 1. 7. resp. 1. 10. 1927 9 1/2 Stunden beträgt. Daß diese Arbeitszeitverkürzung speziell den Arbeitgebern im Bergbau ein Dorn im Auge ist, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, da dies allgemein bekannt ist. Aus diesem Grunde sabotieren dieselben nach allen Regeln der Kunst diesen Schiedspruch und verlangen von den Arbeitnehmern, ja selbst unter Androhung von Entlassungen, Mehrarbeit über die bereits festgelegte Arbeitszeit zu leisten.

Den Vogel in der Ueberschreitung der Arbeitszeit schießen — wie immer! — die im Bornaer Revier befindlichen Werke der Deutschen Erdöl-A.G., Oberbergdirektion Borna, ab. Das Ueberschreiten der regelrechten Arbeitszeit war dermaßen zum Gebrauch geworden, daß es selbst den geduldigsten Arbeitern zuviel wurde und dieselben sich beschwerdeführend an ihre Organisation wandten. Die Geschäftsführung des Bergarbeiterverbandes Borna hat sich daraufhin beschwerdeführend an das zuständige Bergamt Leipzig gewandt, mit dem Ersuchen, diese unhaltbaren Zustände zu unterbinden. Eine Untersuchung von dieser Seite hat wohl stattgefunden, das Resultat aber war: die Bergbehörde unterlagte den Arbeitgebern nicht etwa das Weiterverfahren von Ueberstunden, sondern billigte, wie nachstehende Zeilen beweisen, das Verhalten der Arbeitgeber:

„An den Verband der Bergarbeiter Deutschlands,
Geschäftsstelle Borna.“

Ans Anlaß Ihrer an das Bergamt Leipzig gerichteten Beschwerde vom 23. Dezember 1927 wegen fortgesetzter Ueberschreitung der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit durch die Witznitzer Kohlenwerke hat das Bergamt im Weisem des Arbeiterbeirats Dornheim und unter Zuziehung des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden Müller die Angelegenheit auf dem Werk am 6. Jan. 1928 erörtert.

Hierbei wurde an Hand der eingesehenen Lohnschichtenlisten und durch die von der Betriebsleitung gemachten Angaben festgestellt, daß im letzten Drittel des Monats Dezember 1927 bis Anfang Januar 1928 hinein an mehreren Tagen in einem das Uebliche überschreitenden Umfange Ueberstunden im Tagebaubetriebe verfahren worden sind. Es handelt sich hierbei um Ueberschreitung der gesetzlichen beziehentlich im Tarifvertrage festgesetzten regelmäßigen 9 1/2stündigen täglichen Arbeitszeit im allgemeinen um eine halbe Stunde, in einzelnen Fällen auch bis eine Stunde. Zu diesen Ueberarbeiten wurde die gesamte Tagebaubetriebschaft mit einigen Ausnahmen herbeigezogen. Wie aus den Schichtenlisten zu ersehen ist, fielen die Tage, an denen der gesamte Tagebaubetrieb über die 9 1/2stündige Arbeitszeit hinaus aufrechterhalten wurde, auf die Zeit der außergewöhnlich starken Fröste und Schneefälle und auf die diesen folgenden Tage. Die Aufrechterhaltung des Tagebaubetriebes über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus machte sich erforderlich einerseits, um den durch die infolge Frost und Schneefall unvermeidlichen Störungen verursachten Produktionsausfall soweit wie möglich zu verringern,

andererseits lag die Gefahr nahe, daß die Betriebsrichtungen während des Stillstandes des Betriebes zwischen Ende der einen und Anfang der nächsten Arbeitsschicht einfroren bzw. einschneiten, so daß bei Beginn der nächsten Schicht die normale Arbeit noch nicht in vollem Umfange hätte aufgenommen werden können, wodurch auch die übrigen durchlaufenden Betriebe (Fabrik, Kesselhäuser) in Mitleidenschaft gezogen wären. Da solches aber unbedingt vermieden werden mußte, ordnete die Betriebsleitung die Weiterarbeit an. Wenn die Anordnung mitunter erst zu Ende der Schicht der Belegschaft bekannt gegeben worden ist, so hat solches seinen Grund darin, daß sich die Betriebsleitung selbst meist erst gegen Ende der Schicht zu dieser Maßnahme gezwungen sah, als es sich herausstellte, daß während der normalen Arbeitszeit der durch Störungen verursachte Ausfall doch nicht hätte ausgeglichen werden können.

Es ist nicht zu bestreiten, daß einerseits die plötzlich einsetzenden und nicht vorher zu sehenden Frostperioden und Schneefälle in den Betrieben ganz wesentliche Störungen und dadurch Produktionsausfälle verursacht haben, die während der regelmäßigen Arbeitszeit nicht wieder hatten ausgeglichen werden können, andererseits aber war auch infolge der anormalen Witterungsverhältnisse die Nachfrage nach Brennmaterial ganz plötzlich und nicht unwesentlich gestiegen. Die Aufrechterhaltung der Förderung bzw. der Brikettproduktion mit allen zu Gebote stehenden Mitteln war daher auch im allgemeinen öffentlichen Interesse geboten.

Die Betriebsleitung hat daher, gestützt auf die Bestimmungen der Verordnung über die Arbeitszeit vom 14. April 1927 (Reichsgesetzblatt S. 109) im § 4 Ziffer 2 sowie insbesondere im § 10 Abs. 1 die entsprechenden Maßnahmen getroffen, und daß die Betriebsleitung mit dieser Maßnahme einem öffentlichen Bedürfnis Rechnung getragen hat, wollen Sie aus dem in Abschrift beiliegenden Schreiben des Reichskohlenkommissars vom 23. Dez. 1927 an das Sächsische Finanzministerium Abs. II ersehen, wonach alles getan werden sollte, um die Produktion zu steigern, zu welchem Zwecke die Leistung von Ueberarbeit, namentlich an Sonntagen, in den Braunkohlenwerken und Brikettfabriken weitgehend zu erleichtern wäre.

Da eine gesetzliche Betriebsvertretung bei den Witznitzer Kohlenwerken seit dem letzten Streik nicht besteht, war die Betriebsleitung auch nicht in der Lage, eine solche vor Anordnung der Ueberarbeiten anzuhören. Soweit jedoch festgestellt werden konnte, hatte sie sich trotzdem fast ausnahmslos mit dem ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden ins Benehmen gesetzt.

Das Bergamt vernahm auf Grund der Erörterungen und unter Berücksichtigung der Veranlassung in den von den Witznitzer Kohlenwerken getroffenen Anordnungen hinsichtlich der verfahrenen Ueberstunden eine Ueberschreitung gesetzlicher Vorschriften nicht zu ersehen.

Bergarbeiter Mitteldeutschlands! Diese vorstehenden Zeilen beweisen, daß ihr einzig und allein nur eure eigene Lage verbessern könnt, wenn ihr euch reiflos dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands anschließt, um stark genug zu werden, unser Recht durch eigene Kraft zu erkämpfen!

Haus und Leben

Die Arbeiterfrau und ihre Zeitung

Die Presse, sagt man, ist die siebente Großmacht. Bis zum Weltkrieg hatte dieses Wort seine Berechtigung. Hernach zeigte es sich aber immer deutlicher, daß die Presse zur ersten Großmacht aufgerückt war. Sie hat nämlich die Kriegführenden Völker in jenen Zustand des blutrünstigen Zauderns, der nationalstolischen Ueberhebung, der unübertrefflichen Selbstweihrauchung ver- setzt, der es den berufsmäßigen Kriegsbeherrern erndglühte, vier Jahre lang die Völker wie Bluthunde aufeinanderzubehnen und Millionen junger Männer unter den Waffen zu bringen. Dieser alle Beten überragende Wahnsinn hatte seine unheilvolle Brut- stätte in den Redaktionen jener Zeitungen, die ihren Einfluß dem Dienste der Lüge, der Entstellung, der bewußten Fäl- schung bereitwillig verschrieb. Diese Presse besorgte in jedem Lande das Einseifen der Schlachtopfer. Aus tausend und aber tausend Kanälen träufelte sie das Gift der Verhöhnung in die Gemüter. Und dieses teuflische Gift wirkte so nachhaltig, daß an seinen Wirkungen noch bis heute ein bedeutender Teil der Mensch- heit leidet.

Der Weltkrieg hat den Einfluß der Presse auf die Spitze getrieben. Nie und nimmer hätte sich die Menschheit so viele Jahre zerfleischen lassen, wenn ihr die Presse die Wahrheit vor- gesagt hätte. Weil aber jeder Krieg mit dem Kapitalismus ver- wurzelt ist, darf natürlich auch die ihm dienende Presse nicht wahr- heitsgemäß berichten. Sie will es auch nicht, denn sie verkauft i hre Meinung für blankes Silberlinge oder für gutbezahlte Zinjerate. Niemand weiß auch die Macht der Presse besser zu schätzen als gerade die Kapitalisten. Sie sind deshalb bestrebt, sich immer mehr Zeitungen untertänig zu machen und sie mit Nach- richten aus ihren literarischen Subelstücken zu versehen. Die Leser merken es gar nicht, wie systematisch und ausdauernd ihr Gehirn von jener Seite aus geknetet wird, bis sie an die Grenze des eigenen Kritikvermögens gelangt und nicht mehr fähig sind, den Zielen und Bestrebungen der Arbeiterbewegung das nötige Ver- rändnis entgegenzubringen.

Die bürgerliche Presse, die ausnahmslos kapitali- stisch orientiert ist, wirt täglich Millionen von Exemplaren ins Volk und serviert ihm ein geistiges Ragout, das der kulturellen Entwicklung wenig dienlich ist. Die politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen werden verzerrt oder friert wiedergegeben, je nach- dem, wie es den im Hintergrunde stehenden kapitalistischen Draht- ziehern gefällig ist. Daß die Arbeiterklasse dabei unter die Walze genommen wird, ist offenkundig. Das ist auch zu verstehen, wenn man bedenkt, daß Kapitalismus und Arbeiterklasse zwei gegen- sätzliche Pole sind, die eine gegenseitige Annäherung von vorn- herein ausschließen.

Wenn also die bürgerliche Presse verschämt oder unvereschämt kapitalistische Interessen vertritt, so folgt daraus, daß der Ar- beiter sie in keiner Weise unterstützen darf, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil sie seinem natürlichen Gegner, seinem wirtschaftlichen Todfeinde dient. Das ist klar und verständlich. Und doch gibt es unzählige Arbeiterfamilien, die ihre geistige Nahrung aus einem bürgerlichen Blatt beziehen, das mit der Wiederhaltung der Arbeiterklasse völlig einverstanden ist. Sie handeln somit gegen eigene Interessen — schaden sich selbst. Hierbei muß festgestellt werden, daß die Arbeiterfrau in dieser Beziehung am meisten ländig. Sie will ihre „Geschichte“ haben, den Roman, in dem in jedem Kapitel mindestens ein Mensch abgemurkt wird oder in dem die „berühmte“ Sedwig Courths-Mahler hochherzige Grafen arme Wädel heiratet läßt. Sie will Sensationen lesen, Aufschneidereien, unwahrheits- liche Vorkommnisse, Liebes- und Abenteuergeschichten, die ihrem Auge mit knalligen Schlagzeilen von literarischen Geschäfte- machern aufgedrungen werden. Dann erst ist das Blättchen „interessant“. Sie will auch „mehr Papier“ haben, um die Butter- brote einzumwickeln und den Ofen in Brand zu setzen. Indem sie „mehr Papier“ haben will, gibt sie schon zu, daß von ihrem „General-Anzeiger“ nicht der Inhalt, sondern nur das Papier einen Wert besitzt.

Ueberhaupt der „General-Anzeiger“! In keinem Lande ist die sogenannte unparteiische Presse so verbreitet wie gerade in Deutschland. Vielleicht ist das der Grund, warum das deutsche Volk so wenig politisch geschult ist. Der „General-Anzeiger“ scheidet die Kritik wie die Pest, er findet kein manhaftes Wort gegen öffentliche Uebelstände, gegen politische und wirtschaftliche Aus- wüchse. Ihm ist es nur um Abornenten und Zinjerate zu tun, er regt sich nur auf, wenn sein Geldbeutel in Gefahr kommt. Wenn er aber gezwungen ist, irgendwie Farbe zu bekennen, ist er immer wieder auf Seiten der Arbeiterfeinde zu finden. Er ist das Opium, das dem Leser das Denkvermögen einschläfert und jedem Hochtapler der öffentlichen Meinung Recht gibt. Da ist es kein Wunder, daß gerade die unorganisierten Arbeiter die fleißigsten Leser des „General-Anzeigers“ sind.

Diese Sorte Presse aus dem Arbeiterhaushalt hinauszumwerfen

Ist vor allen Dingen Pflicht einer Arbeiterfrau, die ihre Familie vor der geistigen Verwahrlosung, vor der politischen und wirtschaftlichen Trottelhaftigkeit bewahrt wissen will. Sie darf nicht vergessen, daß die Politik bis in den Kochtopf reicht — muß immer daran denken, daß nur der Verband es ist, der ihr den Koch- topf fällen hilft! Ohne den Verband würde sie so manches liebe Wort vor einem leeren Topfe stehen und ihrem Manne die Schuld daran geben. Der „General-Anzeiger“ würde ihr da auch nicht helfen, obwohl er gerade unter Arbeiterfrauen die meisten Zu- läufer hat.

Wer also hilft dir, Arbeiterfrau, treu und ehrlich und rückhalt- los in deinem mühseligen Kampfe ums tägliche Brot, um Kultur und Menschenwürde? Einzig und allein die gewerk- schaftliche und politische Arbeiterpresse! Schon eine Nummer des Verbands- oder des politischen Arbeiterblattes bietet dir mehr Wissen und Belehrung als dreihundert Nummern des „General-Anzeigers“. Auf Sensationen müßt du allerdings verzichten, dafür erfährst du aus dem Arbeiterblatt, warum dein

Unverdauliche Kost.

Am Grabenrand lag ein Paket,
In eine Zeitung eingeschlagen.
Des Inhalts Art und Qualität
Vermag ich leider nicht zu sagen.

Von irgendwo kam eine Kuh
Und ohne lange Vorbereitung
Fras sie mit rindviehhalter Kuh
Den Inhalt inklusive Zeitung.

Als dieser ungewohnte Fraß
Verschwand in ihren Eingeweiden,
Ward sie ganz rindviehleinchenbläß
Infolge Stuhlverstopfungsleiden.

Bald war der Kuhbauch totgebläß
Infolge zu akuter Gärung.
Der Tierarzt fand, jedoch zu spät,
Der Krankheit richtige Erklärung.

Er schnitt die Kuh nach Art und Brauch
Und stand dann sprachlos wie ein Schweiger,
Denn in dem aufgeschnittenen Bauch
Fand er den — — „General-Anzeiger“.

„Hm, hm!“ sprach er mit düstrer Stirn,
„Wer kann denn solche Kost vertragen?
Dem Menschen stopft sie das Gehirn,
Dem Rindvieh aber Darm und Magen!“

Victor Kalinowski.

Mann zu wenig verdient, warum er so lange arbeiten muß, wo der Mehrwert seiner Arbeit verschwindet, wie seine Ausbeuter leben, wie es in Politik und Wirtschaft in Wirklichkeit zugeht und wie du dich wehren sollst. Gar bald kommt du zu der Erkenntnis, wie ungemein interessant dein Werbungsblatt, deine Arbeiterzeitung ist — zu der Erkenntnis, daß jede Arbeiterfrau in ihrem Hause nur die Arbeiterzeitung dulden darf, weil nur diese die Sache der Arbeiter vertritt, der „General-Anzeiger“ dagegen oder ein sonstiges bürgerliches Blatt nur die Interessen des Geld- sacks mit aller Offenheit wahrnimmt.

Denke darüber nach und handle! V. K.

Der alte Schacht.

Ein altes Märchen von W. Zechenter. Deutsch von Leo Koszella.

Endlich hatte man entschieden, daß die weitere Förderung im alten Schacht lebensgefährlich für die Bergleute und zu wenig einträglich sei. Die oberen Sohlen waren bereits völlig abgebaut, nur die fünfte konnte noch etwas hergeben, aber sehr wenig.

Die Bergleute standen in großer Zahl am Förderkorb. Von dieser Schaar verschwanden alle paar Minuten fünf Mann. Der schnelle, geschickte, für Signale so empfindliche Förderkorb rief sie nach oben. Sie fuhr in luftiger, atemraubender Kohlenfahrt hinauf wie gewöhnlich nach der Schicht. Und doch waren sie selbst traurig und bedrückt. Mit letzten Abschiedsblickten liebtesten sie die schwarzen Wände. Von morgen früh soll der Schacht für immer geschlossen werden.

„Sind alle hier?“ fragte der Ingenieur, der als letzter den Gang verließ und mit forschenden Augen alles überfahnte.

„Alle, Herr Ingenieur“, entgegneten sie.

Nach einer Weile waren herr nur noch vier und der Ingenieur. Völlige, ergreifende Stille herrschte. Noch eine Minute, und der Förderkorb wird herunterfallen und sie hinaufführen.

Plötzlich wandten alle die Köpfe zur Ausmündung des mitt- leren, am weitesten eingegrabenen Ganges.

Was war das?

Ganz deutlich traf das Echo der Arbeit ihr Ohr. Als wenn sich ein Flöz niederstürzte und jemand mit der Keilhaue auf ihn einhieb. Des Ingenieurs Anlitz verfinsterte sich.

„Vielleicht ist dort jemand zurückgeblieben — was?“

Der Steiger trat hervor und sagte: „Ausgeschlossen, niemand blieb zurück, Herr Ingenieur. Ich zählte und rief alle auf. Wir sind die letzten.“

„Vielleicht stürzte jene letzte Strebe ein, wo nicht mehr ge- arbeitet wurde?“

„Sie war doch gestützt!“

„Wohl, aber erschüttert — sie erzitterte unter dem Schlag der Hand.“

„Aber...“

Er endete nicht. Wiederum hörten sie das Echo der Arbeit, ja sogar so etwas wie eine ferne Stimme... Der Ingenieur winkte dem Steiger.

„Wir wollen feststellen, worum es sich handelt. Ihr fahrt hinauf!“

Eben schlug der Förderkorb auf und hielt an. Sie traten ein.

„Den Förderkorb sofort hinunterföhden, er soll warten!“

„Glückauf!“

„Sie gingen zu zweit.“

„Vielleicht sahien es uns nur“, sagte der Steiger, „jetzt ist es ganz still.“

Der Ingenieur drehte den Kopf. „Und jetzt, hören Sie?“

Der Steiger schweig und leichter Schauer lief über seinen Rücken, denn von neuem traf sein Ohr das deutliche Echo der Arbeit.

„Wer kann dort arbeiten?“ fragte der Ingenieur und beilte seine Schritte.

„Dort ist niemand“, flüsterte der Steiger. „Dort ist sicher niemand!“

„Sie reden Unfinn...“

„Herr Ingenieur... Sie kommen aus der Stadt... von der Hochschule... Ich bin... von hier! Ich weiß viel über den alten Schacht...“

„Was?“ sagte der Ingenieur, machte Halt und wandte sich zum Steiger.

„Herr Ingenieur, kennen Sie die Bergmannslegende von...“

„Märchen! Gute Legenden! Nett und sinnvoll. Aber Sie ver- langen doch nicht, daß ich an ihre Tatsächlichkeit glaube?“

„Sahahaha! — traf eine ganz deutliche Stimme ihr Ohr, gleich- zeitig das Echo des Grabens.“

Der Steiger erlebte und bekreuzte sich. Der Ingenieur lehnte sich an die Wand und zitterte.

„A... so... wie — war die Legende?“

„Ja, Herr Ingenieur, es gibt eine Legende, die so lautet: Im verlassenen Schacht aber stirbt die Arbeit nie aus... Es lebt der verlassene Schacht, ewig... Wenn die letzte Wand eiserner und hölzerner Verdecke ihn für immer von unserem Leben abgrenzt, beginnt der Schacht ein anderes, sein eigenes Leben... Nie stirbt die Arbeit aus... Es kehren zurück — alle kehren zurück, die in ihm gearbeitet haben... die in ihm gestorben sind... die in ihm zugrunde gingen... die unter den Kohlenflößen begraben — die, die der Staub verschüttete — die, die durch zu frühe Explosion der Mine zerrissen — die, die durch Gase vergiftet — die, die durch Feuer verbrannt wurden... Sie kehren zurück, sie kehren zurück... Mit den Keilhauen und allen Gegenständen, und die kleineren Laternen leuchten ihnen den Weg... und sie arbeiten... denn der alte Schacht stirbt nie! Ewig lebt er, obwohl ihn die Lebenden verlassen... — So erzählt die Legende, Herr Ingenieur!“

„Was für Dummdheiten!“ flüsterte unbedeutlich der Ingenieur und wuschte die Stirn mit dem Ärmel ab. Er war leichenbläß. Plötzlich reckte er sich auf, hob die Laterne und sagte, in die Tiefe des Ganges blickend, wobei nunmehr dauernd das Echo der Arbeit kam: „Es ist meine Pflicht, festzustellen, was dort geschieht. Ich gehe!“ — und er blickte auf den Steiger. „Aber was ist mit Ihnen geschehen?“

Der Steiger blickte mit angstgeweiteten Augen in den Gang, dorthin, woher sie gekommen waren.

„Der alte Barcha!“ stöhnte er.

„Was?“ — Der Ingenieur sprang zu ihm hin, blickte in den Bruch und bedeckte mit der Bewegung furchtbarer Angst die Augen. Denn in der Mitte des Ganges näherte sich ihnen langsam ein trauer Schatten in Bergmannsleistung, mit einem Laternen- leuchtend und einen seltsamen, gelblichen Schein sendend. Man sah sein mit grauem Licht beschattetes scharfes Antlitz.

Er näherte sich, blickte sie nicht an, ging einen halben Schritt entfernt an ihnen vorbei und entfernte sich allmählich nach den Rammern hin, woher die Arbeit immer drohender dröhnte. Ein kalter Luftzug wehte hinter ihm.

„Sie verammeln sich!“ stöhnte der Steiger. „So, genau so, wie in der Legende... so... wie... in der Legende... Es ist der alte Barcha, den vor drei Jahren in der dritten Sohle ein herabstürzendes Flöz tötete, das ihm alle Knochen zerbrach. Herr Ingenieur, gehen wir fort... Weichen wir ihm... Stören wir sie nicht bei der Arbeit...“

Sie nahmen sich bei der Hand und gingen dem Ausgang zu. Ihre Schritte schwanken. Eine geheime Furcht verhöhlte sie aus jedem Bruch. Alles war gespenstisch. Alles lebte mit dem ihm eigenen Leben...

„Hier sind wir die Toten!“ flüsterte der Ingenieur.

Sie erreichten den Ausgang. Der Förderkorb wartete. Signal.

„Unser letztes Signal...“

Als sie bereits die kleinen Türflügel zuschlugen, warfen sie noch einen letzten Blick in die Grube. Krampfhaft ergriffen sie sich bei der Hand. Im Hauptgang flimmerten kleine Laternen. Etliche zehn dunkle Gestalten kamen auf sie zu. Durch den kilometerlangen Raum der Kammer blickten sie ruhige, ungewöhnliche Augen an...

In diesem Augenblick wurde der Förderkorb in die Höhe ge- rissen... Dunkelheit... alles verfant... Als sie ans Tageslicht traten, blickten sie sich in die Augen. Ein unbegreifliches Geheim- nis umgab sie mit dem Atem des Grauens.

Die Abbaufonferenz.

Ein modernes Märchen von J.

Die Beche Demo hatte ihren Besitzer gewechselt. Keiner kannte ihn, doch ging ihm der Ruf eines Sonderlings, eines Menschen- feindes voraus.

Doch auch durch diesen Besitzwechsel konnten die Schwierig- keiten, mit denen die Beche kämpfte, nicht behoben werden. Die Direktion beriet sich tagelang mit der Betriebsführung und mit den leitenden Beamten und schließlich einigte man sich auf die landläufige Formel: Abbau. Man rechnete durch, daß von den 3000 Mann Belegschaft rund 1000 Mann abgebaut werden sollten.

Durch irgendeine Unachtsamkeit kam dieser Beschluß vorzeitig in die Presse und plötzlich berief der noch im Ausland weilende neue Besitzer der Beche telegraphisch für zwei Tage später eine Betriebskonferenz mit sämtlichen leitenden Beamten ein. Und in der Beamtenchaft wachte eine Unruhe auf.

Die Konferenz fand statt. Eine eigentümliche Spannung lag in dem großen Zimmer, aller Augen suchten den einfachen Mann dort, der ihr Herr sein sollte, abzuschätzen, doch wurden sie aus ihm, der mit unbeweglicher Miene in seinem Sessel lehnte und dem Vortrag des Direktors lauschte, nicht klug.

Der Direktor hatte geendet, auch der „Kaufmännische“ hatte seinen Senf dazu getan. Der langen Rede kurzer Sinn war die Notwendigkeit, den Betrieb einzuschränken. Stille lag im Zimmer. Da wachte der Besitzer gleichsam auf, ein Ruck ging durch seine Gestalt: „Meine Herren, nachdem ich Ihre Worte gehört habe, wundere mich die Lage des Werkes nicht mehr. Wie kann die Beche bestehen, wenn Sie solche Unsichten haben! Je mehr die Betriebe eingeschränkt werden, desto unrentabler müssen sie sich gestalten. Uebrigens, meine Herren, rechne ich es Ihnen hoch an, daß Sie mit Ihrem Abbauvorschlag solchen Idealismus beweisen —“

Mit schneidender Ironie fuhr er fort: „Ich verstehe Ihr Be- fremden nicht, meine Herren, es ist doch immerhin ein Idealismus, wenn Sie beim Abbau von einem Drittel der Belegschaft auch auf ein Drittel Ihrer Einkünfte verzichten. Aber wie dem auch sei, wenn Sie mir durchaus keinen anderen Vorschlag machen können, so wäre darüber zu reden, der Abbau müßte sich aber auch auf Sie, meine Herren, erstrecken. Ich würde mir vorbehalten, den Herren, die vom Abbau nicht betroffen werden, trotzdem ihre Be- züge bedeutend zu reduzieren, denn die Gehälter, die heute an leitende Beamten gezahlt werden, sind bei solch schlechten Verhält- nissen, die gar zu Betriebsstilllegungen und zu Betriebsbeschrän- kungen zwingen, durchaus nicht berechtigt.“

Doch brechen wir heute die Sitzung ab! Ueberlegen Sie sich nochmals die Sachlage und kommen wir morgen um diese Zeit wieder zusammen. Bevor ich meine Beschüsse fass, will ich morgen nochmals Ihre Ansicht hören. Falls Ihr Standpunkt der Not-wendigkeit des Abbaues einer nochmaligen Prüfung Ihrerseits standhält, gibt es für mich zwei Auswege. Entweder stimme ich dem Abbau zu und dann erstreckt er sich im angegebenen Sinne auch auf Sie, meine Herren, oder ich will es zuerst noch einmal mit einem anderen Beamtenstab versuchen. Glückauf, meine Herren!“ Damit ging er. Wieder herrschte lautlose Stille im Zimmer, bis die Spannung in einem unbegreiflichen Wirrwarr unterging... Doch auf Beche Demo wurde nicht abgebaut, der Betrieb hat sich in ganz kurzer Zeit prächtig erholt. — Wo die Beche liegt? — Im Märchenland — — —

Lohnbewegung der Bergarbeiter in Nordwestböhmen.

Die dem Internationalen Bergarbeiterverband angeschlossenen Bergarbeiterorganisationen in der Tschechoslowakei haben am 9. Januar den Lohnvertrag für das nordwestböhmerische Kohlenrevier gekündigt. Die Verbände fordern den Abschluß eines neuen Lohnvertrages und eine Lohnerhöhung von 20 Prozent. Zur Begründung dieser Forderung führen die Verbände an, daß sich die Kosten der Lebenshaltung der Bergarbeiter durch die eingetretenen Preiserhöhungen der wichtigsten Nahrungsmittel stark erhöht haben und daß sich die gesamte Lebenshaltung infolge der Kurzarbeit und der nichtbezahlten Mehrleistung bedeutend verschlechtert hat. Besonders die Bergarbeiter des nordwestböhmerischen Braunkohlenreviers leben unter sehr schlechten Verhältnissen. In diesem Revier beträgt die Kaufkraft des Lohnes nur etwa 80 Prozent der Vorkriegszeit, während in den meisten übrigen Revieren die Kaufkraft der Löhne höher ist und in einigen Revieren diese sogar die Vorkriegshöhe überschritten haben. Um nun einen Ausgleich zwischen Teuerung und Löhnen herbeizuführen, haben die Bergarbeiterverbände, nachdem ihre Forderung nach einer einmaligen Teuerungsausgleich im Herbst 1927 abgelehnt wurde, den bestehenden Lohnvertrag mit einer Frist von vier Wochen gekündigt und eine Lohnerhöhung von 20 Prozent gefordert. Wie niedrig die Löhne im nordwestböhmerischen Revier sind, geht daraus hervor, daß der Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht gegenwärtig 39 Kronen und 60 Heller beträgt, während er noch im Jahre 1923 nur 54 Kronen betragen hat. Ein großer Teil der Bergarbeiter verdient kaum 200 Kronen in der Woche. Zur Erhaltung einer vierköpfigen Familie benötigt der Bergarbeiter aber 840 Kronen in der Woche, so daß viele tausende Bergarbeiter weit unter dem Existenzminimum entlohnt werden. Die Löhne sind also gegenüber dem Jahre 1923, wo die letzte vertragliche Lohnregelung stattgefunden hat, relativ und absolut gesunken, trotzdem die Durchschnittsleistung der Bergarbeiter erheblich gestiegen ist. Die Lohnforderung der Bergarbeiter ist daher nur zu berechtigt.

Auf der anderen Seite muß angeführt werden, daß die Grubenbesitzer in den letzten Jahren ungeheure Profite eingekassiert haben. Allein die acht größten Bergwerksgesellschaften haben im Jahre 1926 rund 64 Millionen Kronen Nettogewinn ausgewiesen, das sind 23 Millionen mehr als im Jahre 1923. Dabei sind die kolossalen Reserven und Abschreibungen, die jährlich zurückgelegt werden, noch nicht berücksichtigt. Ein Beweis, daß die Kohलगruben gute Profitaussichten für die Kapitalisten bieten, ist die Tatsache, daß sich die Aktienwerte bei den drei größten Kohलगesellschaften um 700 Millionen auf 1,9 Milliarden erhöht haben. So verwandeln sich die niedrigen Löhne und die Not der Bergarbeiter in Riesengewinne für die Grubenaktionäre. Trotz der Millionengewinne, die die Grubenbesitzer in den letzten Jahren aus dem Bergbau und den Bergarbeitern herausgeholt haben, verhalten sie sich gegenüber den Forderungen der Bergarbeiter ablehnend. In einer Zuschrift an die Union der Bergarbeiter teilen die Grubenbesitzer mit, daß sie die Lohnforderungen ablehnen müssen, daß sie aber zu Verhandlungen bereit sind.

Die Regierung verhält sich in dem Lohnkampf vollständig passiv und tritt eher noch für die Interessen der Grubenbesitzer ein, indem sie die großen Kohlenkonjumenten auffordert, sie mögen sich mit Kohle eindecken. Anstatt also den wirtschaftlich Schwachen zu helfen, hilft die deutsch-tschechische Bürgerregierung den reichen Kohlenbaronen. Die 30.000 Bergarbeiter, die in dem Revier beschäftigt sind, stehen aber zum Handeln bereit und sind entschlossen, ihrer berechtigten Forderung den entsprechenden Nachdruck zu verleihen, falls sich die Grubenbesitzer unnachgiebig zeigen sollten.



Aus dem Kreise der Kameraden

Unser Tote.

Zahlstelle Witten. Am 10. Dezember v. J. verstarb unser langjähriger Kamerad und Funktionär Ludwig Lina. Nach langjährigem Leiden wurde er durch den Tod erlöst. Dreißig Jahre hatte er treu und pflichtbewußt für die Sache der Bergarbeiter seinen Mann gestanden und bis zur letzten Stunde seine Funktion, für die ihn das Vertrauen seiner Kameraden bestimmt hatte, ausgefüllt. Mit dem Scheiden des Kameraden Lina verliert die Zahlstelle einen aufrichtigen, vorbildlichen Kämpfer. Die Beisetzung der Urne fand am 17. Dezember unter großer Beteiligung und einem Nachruf des alten Kameraden Siegel statt. Mit dem Kameraden Lina ist ein Kämpfer dahingegangen, der uns zuruft: Ich habe meine Pflicht getan, tut ihr fortan die eure!

Zahlstelle Weimar II. Am 26. Januar verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unser Kamerad Albert Walter im blühenden Alter von 29 Jahren. Er hatte sich beim Umbauen eines Steinwagens erhoben und dadurch innere Verletzungen erlitten, die seinen frühen Tod zur Folge hatten. Er war mehrere Jahre Zahlstellenrevisor und hat seine Funktion stets zur Zufriedenheit ausgeführt. Sein aufrichtiger Charakter diente jedem Kameraden als Vorbild. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Dauerausbildung und theoretischer Unterricht.

Ein Mitarbeiter schreibt uns:

Daß wiederholt Gelegenheit gehabt, Bergbaufachschulen und Dauerausbildungen, praktische und theoretische, zu beschäftigen — von Amts wegen. Als die Leiter der Dauerausbildungskurse von den Direktoren der bergmännischen Berufsschulen für das Amt besonders vorgezeichnet wurden, konnte ich auch einmal zuschauen — auch von Amts wegen. Um so mehr freute es mich, als ich neulich Gelegenheit fand, privatim einem theoretischen Unterricht für Hausaspiranten beizuwohnen.

Ich will hier die wirtschaftliche Seite der Dauerausbildung unberührt lassen und mich nur auf den Unterricht beschränken. Was ich hier sah, stand hergehoht über dem Unterricht gleicher Art, den ich früher zu beobachten Gelegenheit hatte. Das war kein „Lehrer“ im üblichen Sinne, sondern ein Bedner des Gedankenmechanismus in den Schülern. Er warf einen Gedanken nach dem anderen in die Schülern und sie selbst reichten Gedankenperlen an Gedankenperlen, bis ein fertiges Gebilde vorlag. Der Bedner hielt keine Vorträge. Wenn es not tat, fing er einen Satz an, um mitten drin stehen zu bleiben; und schon weiterfeierten die Schüler im Handhochheben, um dem Gedanken Form und Rundung zu geben. Sie gingen an seinem Mund, gingen, lebten, fühlten mit ihm.

Der: Man will die Geheimnisse der Wetterung erschließen und ist bei der Sonderwetterung angelangt, wie sie besonders bei Vorrichtungsstreden (Sackgassen) notwendig ist. Das entsprechende Grubenbild zeichnet der Lehrer auf die Wandtafel. Die Schüler zeichnen die Wetterführung ein, die Wetterlücken, die Lage der Triebwerke usw. — Sat einer etwas eingezeichnet, dann kommt die Frage, ob das richtig sei. Geteilte Meinungen. Die

Gegenseite muß nun ihre Ansicht ins Grubenbild bringen. Das geht solange, bis die Schüler ausgeschöpft, das Bild aber richtig und vollkommen auf der Tafel steht. Dann erst sagt der Lehrer, daß das auch nach seiner Ansicht richtig sei.

Man lernt so die blaßende und die faugende Wetterung kennen. Aber welche ist nun die beste? So nebenächlich bringt der Lehrer den Vorgang bei einem Lokomotivzug zur Sprache, der durch eine Kurve zu fahren hat. Bei ziehender Lokomotive kommt der Zug besser durch die Kurve als bei drückender, weil da die Reibungswiderstände viel größer sind. Das leuchtet ein. — Man zeichnet und debattiert an der faugenden Lutte und entdeckt dabei auch noch andere wichtige Vorteile. Die Strecke steht dann nämlich fortwährend im nachströmenden Frischstrom, während die verbrauchten Wetter und unguinstige Luft auch die vor Ort austretenden Grubengase durch die Lutte abgeführt werden und die Arbeiter damit nicht mehr in Berührung kommen. Bei der Einmündung der Lutte in die Frischwettertrede macht sich eine Luttenkrümmung, ein sogenanntes Knie, notwendig. Wo setzt man in diesem Falle das Triebwerk am vorteilhaftesten hin, vor oder hinter das Knie? Der ziehende Lokomotivzug von vorn zieht auch hier die richtigen Gedanken heraus.

Das ganze ist Anschauungsunterricht in schönster Form. Nie wird ein Schüler beleidigt oder lächerlich gemacht, auch wenn er etwas verkehrt macht oder sich nicht gleich zurechtfindet. Da wird eben in der richtigen Form nachgeholfen. Der Lehrer ist ein Beamter der Besche. Ich wünsche allen angehenden Bauern einen solchen Lehrer und den Gruben solche einsichtige Beamte und tüchtige Grubentechniker.

Beinahe hätte ich die Besche zu nennen vergessen: es war die Besche Engelsburg bei Bochum.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Unhaltbare Zustände auf Grube Hubertus A.-G.

Schon seit langem war es notwendig, daß die Öffentlichkeit einmal auf die Verhältnisse, welche auf Grube Hubertus A.-G. in Brüggeln a. d. Erft herrschen, aufmerksam gemacht wurde. Die Zustände spotten hier jeder Beschreibung. An allen Ecken und Enden wird gespart. Sind Unfallverletzte vorhanden, so ist es nicht genug damit, daß diese Menschen ihre Gesundheit und geraden Körperglieder verloren haben, sondern sie sollen auch noch dieser Gesellschaft einen Schaden verursachen insofern, als man ihnen gegen Gesetz und Recht diese Klente am Lohn abzuziehen versucht. Nur die energische Abwehr der Gewerkschaften konnte diesem Unrecht Einhalt gebieten.

Zwischen den Tarifvertragsparteien des Braunkohlenreviers besteht ein Abkommen, nach dem an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten in zwei Schichten zu je acht Stunden gearbeitet werden soll. Es ist so gedacht, daß dort, wo drei Schichten bestehen, die dritte Schicht in die zwei anderen aufgeteilt werden soll. Auf Hubertus aber ist das nicht angängig, da die Nachtschicht gut dazu verwendet werden kann, in der Nacht vor diesen Tagen die Arbeiten zu verrichten, welche sonst an Sonntagen verrichtet werden. Man hat nämlich ausgerechnet, daß man hier den Zuschlag von 50 Prozent, der an Sonntagen gezahlt werden muß, sparen kann. Was kümmert es die Herren Direktoren, ob die Arbeiter am „heiligen Abend“ in ihrer Familie oder bei der Arbeit weilen! Es sind ja nur Proletarier. Diesem Uebelstande abzuhelfen muß die Aufgabe des Betriebsrats sein, der nach § 66 Abs. 4 BGR. die Einhaltung der Tarifverträge zu überwachen hat.

Auch in hygienischer Hinsicht sind hier große Uebelstände. Nur einen Fall wollen wir herausgreifen. Das Kaffeewasser wird in einem Kessel, durch welchen ein Dampfrohr liegt, gekocht. Dieses Rohr ist seit Jahr und Tag defekt. Warum soll es auch gemacht werden? Was kümmert es die Direktion, wenn sich Arbeiter durch das tägliche Genießen dieses Wassers Magenverkränkungen zuziehen? Mögen sie nur erkranken, es ist keine Zeit da, um das Rohr zu flicken! Also, Arbeiter, trinke und ertranke oder verzichte auf den Kaffee!

Noch viel andere Uebelstände sind zu rügen, aber heute wollen wir es dabei lassen. Der Arbeiterschaft der Grube Hubertus muß es klar werden, daß sie nur durch eine starke gesetzliche Vertretung vor Willkür und Unnachlässigkeit der Unternehmer sich schützen kann. Schafft euch diese Vertretung durch den Eintritt in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Anarchische Zustände im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Ein Mahnwort an Regierung, Behörden und die Körperschaften der Kohlenwirtschaft.

Noch sind die Wogen des letzten Braunkohlenarbeiterstreiks im ostelbischen Braunkohlenbergbau nicht geglättet und schon wieder versucht man die in den Betrieben beschäftigten Braunkohlenarbeiter zu verbittern und um ihre vertraglichen und gesetzlichen Rechte zu bringen.

Mit dem Schlagwort: „Große Kohlennot in Berlin! Kohlennot im Lande!“ wird auf den Werken der Niederlausitz der Versuch unternommen, die vertraglichen Rechte der Braunkohlenarbeiter aufzuheben. Mit einem Schreiben des Reichskohlenkommissars und einem Schreiben des ostelbischen Braunkohlenreviers werden diejenigen Betriebsvertrörungen bedroht, die sich weigern, vertragliche und gesetzliche Rechte der Arbeitnehmer im Braunkohlenbergbau preiszugeben.

Was aber das Unerhörteste ist: selbst die Bergpolizeibehörden genehmigen diese Vertragsverletzungen mit dem Erfolge, daß die Werkleitungen — ohne Rücksicht auf Gesetz und Recht — die Arbeiter, die sich weigern, vertragswidrig zu arbeiten, mit Entlassungen bedrohen. Die Verhältnisse haben sich schon so weit zugepunkt, daß sich Deputationen von Arbeitern zum preussischen Handelsministerium begaben, um gegen diese Zustände zu protestieren. Bis zum heutigen Tage haben die zuständigen Bergaufsichtsbeamten diese ungeheuerlichen Zustände geduldet.

Wir unterzeichneten Arbeitnehmerorganisationen sprechen den behördlichen Instanzen das Recht ab, eigenmächtig zugunsten der Unternehmer einzugreifen! Wir verlangen vielmehr von diesen Instanzen und von der Regierung, daß sie die zwischen den wirtschaftlichen Organisationen getroffenen Tarifverträge, die gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes und die sonstigen zum Schutze der Arbeiter erlassenen Schutzbestimmungen beachten und nicht aufheben. Vom Reichskohlenkommissar und von den anderen Instanzen wird verlangt, daß, wenn wirklich eine Notlage vorhanden ist, sie die Unterlagen für diese Notlage auch den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer unterbreiten, sonst können diese Stellen nicht erwarten, daß man die von ihnen behauptete Notlage ernst nimmt.

Für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau besteht ein Mehrerarbeiterschießspruch, der für die Betriebe eine effizientere Schichtzeit vorsieht. Die Braunkohlenarbeiter arbeiten also schon täglich 1½ Stunden länger, als die im § 1 des Arbeitszeitgesetzes festgelegte Arbeitszeit vorsieht. Diese Arbeiter unter Umgehung von Vertrag und Gesetz, unter Anbrotung von Nachteilen noch zu zwingen, an Sonntagen 12 bis 16 Stunden zu arbeiten — wie festgestellt worden ist — läßt sich unter keinen Umständen verantworten. In welchem Gewerbe, in welchem Handwerk und welcher Stand wird beruflich behandelt und selbst der kurzen Erholungsstunde am Sonntag beraubt!

Im ostelbischen Braunkohlenbergbau sind unter Bruch einer zwischen den Tarifvertragsparteien geschlossenen Vereinbarung noch 176 langjährige Bergarbeiter ausgesperrt und brotlos gemacht. Bei dem geringsten Unfug werden langjährige Braunkohlenarbeiter rüchrichtlos entlassen. Brillefabriken wurden stillgelegt, ja selbst solche, die direkt an Wasserstraßen lagen. In den Betrieben selbst ist durch eine gewaltmäßige Rationalisierung die Beschäftigung bis auf äußerste abgebaut worden. Die Arbeiter müssen oftmals unter Außerachtlassung selbst bergpolizeilicher Verordnungen mehrere Apparate bedienen. Durch berartige Zustände und Maßnahmen wird die Produktion nicht gehoben. Die behauptete Kohlennot ist nur eine Folge dieser Zustände. Sie kann behoben werden durch Befestigung der Löhne. Es wird aber begehrt, daß die Unternehmerverschaft nur um die angelegliche Kohlennot zu tun ist, sondern darum, die wirtschaftlichen und vertraglichen Rechte der Arbeiter zu beseitigen.

Wir fragen: Ist es zu verantworten, daß in Zeiten einer Kohlennot in Städten und auf dem Lande die Produktion zu angeblich niedrigen Preisen ins Ausland geht, darunter auch nach der Tschechoslowakei, in der gegenwärtig die Braunkohlenarbeiter im Kampf um höhere Löhne stehen.

Wenn also eine Kohlennot in Berlin und im angrenzenden Lande vorhanden ist, dann trägt darunter nur die mangelnde Organisation der Kohlenzufuhr, die es zuläßt, daß Kohlen an diesen Orten vorbei in andere Gebiete gehen, die Schuld. Um die Betriebsvertrörungen und an die Braunkohlenarbeiter aber richten wir das Ersuchen: Verweigert jede produktive Sonntagsarbeit, die nicht mit euren wirtschaftlichen Organisationen zu vereinbaren ist! Kein Kohlenkommissar, kein Syndikat, kein Bergamt kann und darf euch diese gesetzlichen Rechte und diesen gesetzlichen Schutz nehmen! Niemand kann euch zwingen, ungesetzlich und vertragswidrig zu arbeiten. Den in Frage kommenden Stellen aber rufen wir zu: Hände weg von den gesetzlichen und vertraglichen Rechten der Braunkohlenbergarbeiter!

„Paläste“ als Arbeiterwohnungen im Geiste.

Paläste? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit! Arbeiter und Vergleute des Geistes wohnen doch meist nur in Notwohnungen, in Baracken, in um- und ausgebauten Pferdeställen und Kuhställen, Bachhäusern und Eisenbahnwaggons von vielfach beängstigender Kleinheit! Über bitte schön: wer hat Lust, sich von diesen „Palästen“ zu überzeugen? Von Groß-Rahna führt zwischen dem wertvollen Michel-Westa und den Hühnerhalten ein „Weg“ nach dem sächsisch-anhaltischen Kraftwerk Esag. Geht man diesen Weg entlang — aber, lieber Besucher, suche dir einen Tag nach einem mindestens siebentägigen Schönwetter aus, sonst läufts du Gefahr, in diesem Morast zu versinken! —, so kommt man nach diesem Arbeiterparadies und findet dort wohl Arbeiterwohnungen in Miniaturausgabe, aber auch in der Ausdehnung und Größe von „Palästen“ in friedlichem Nebeneinander.

Zuerst treten wir, um die Gegensätze zwischen „groß“ und „klein“ besser verstehen zu können, in eine kleine Wohnung ein. Ein früherer Pferdestall dient hier einer Familie als Wohnung. Zwei Zimmer sind vorhanden, eins dient als Küche und Wohnraum und eins als Schlafraum. Weiße Räume, mit Asphalt als Bodenbelag, haben eine Raumfläche von 16 qm x 2,20 m Höhe und zwei Kellerfenster als Beleuchtung. In dem einen Raum stehen: ein Ofen, zwei kleine Tische, ein Liegegestell, ein Schrank und zwei Stühle. Das Zimmer ist damit „drückend“ voll. In dem anderen „Zimmer“ stehen zwei Betten hintereinander, weiter nichts, und auch dieser Raum ist so „beseht“, daß nur ein ganz schmaler Gang übrig bleibt. „Trautes Heim, Glück allein!“ Dieser Ausdruck der bürgerlichen Gesellschaft wird hier treffend illustriert. „Aber nur langsam, das ist ja nur eine Ausnahmeerscheinung, begründet durch den Wohnungsmangel, der durch die Einstellung der Bautätigkeit während des Krieges hervorgerufen wurde“, werden die Werkleitungen von Michel-Westa und Esag sagen. „Wir wissen, was unserer deutschen Nation und unseren Werken not tut, deshalb geben wir unseren Arbeitern Wohnungen, die Paläste gleichen.“

Besichtigen wir nun einen solchen „Palast“. Ungefähr zwanzig Familien genießen diese Reformbewegung der betreffenden Werkleitungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Abgeschafft sind hier die vielen einzelnen Räume einer Wohnung durch Vereinstellung eines fast unermesslichen Raumes von 81 qm Wohnfläche bei 5 m Höhe, der gleichzeitig als Küche, Stube, Schlafzimmer und Kohlenbunker dient.

Zur Vergrößerung des Profits ist die deutsche Wirtschaft an größtmögliche Sparsamkeit gebunden. Aus diesem Grunde sind frühere Lagerräume, die mit Eisengitterfenstern, mit Solzdach und Dachpappe versehen sind, ohne jeglichen Umbau in Wohnpaläste umgewandelt worden. Einen Fußboden aus Holz gibt es nicht, sondern aus Beton. Dafür ist die Decke aus Holz, die bei Regenwetter für eine hygienisch einwandfreie Luftberieselung sorgt. Wenn unter einer Wohnung ein stinkiger Kanal durchgeführt wird, so ist das anscheinend nur in der Erwägung geschehen, daß der Arbeiter auch einmal Luftveränderung haben soll, die er sich an der See oder im Gebirge doch nicht leisten kann. Die Rasse schlägt an den Wänden überall so sehr durch, daß dauernd der Verputz abfällt. Durch einen Kanonenofen, der mitten im Räume steht, soll der letztere Uebelstand beseitigt werden. Ein nutzloses Beginnen! Welcher kleine Eisenofen könnte auch selbst bei einer dauernden Rotglut diesen „Palast“ erwärmen und dabei noch die Rasse beseitigen?

Hoffentlich wird das Michelwerk bei seinem Arbeitgeber als Tarifpartei beantragen, daß im nächsten Tarifvertrag eine Sonderklausel für Deputatkohlenbezieher in „Palästen“ eingefügt wird, denn mit 80 Zentner Kohle im Jahr ist ihnen nicht gebient. Abschließend kann man sagen, daß hier der Beschauer ein trostloses Bild sieht und daß die „Reformbestrebungen“ der genannten Werke einer wirklich wahren, sittlichen, den Bedürfnissen der Arbeiterschaft entsprechenden Reform Platz machen müssen. Sat der Landrat in Weissenfels oder der Gemeindevorsteher in Groß-Rahna diese Wohnverhältnisse schon besichtigt? Wenn ja: wann wird hier für eine Abhilfe gesorgt?

Die Unternehmer aber werden entrüstet ausrufen: „Was sollen wir tun? Die Arbeiter sind sowohl mit den vorhandenen kleinen als auch mit den großen Wohnungen nicht zufrieden! Wir können doch diese Unzufriedenen nicht in den neugebauten Werkwohnungen und in den Bergmannswohnstätten-Siedlungshäusern (bei letzterer haben wir im Verwaltungsausschuß die Mehrheit) unterbringen, die brauchen wir fast ausschließlich für die Anhänger der Werksgemeinschaft und nicht für Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten!“

Aus dem Revier Wieke, Säniglen.

Das Jahr 1927 ist abgeschlossen. Widen wir zurück und prüfen, was uns das vergangene Jahr als Freigewerkschafter gebracht hat und ob wir unsere Pflicht erfüllt haben. Ein harter Kampf ist es, der vornehmlich im Delgebiet fortwährend um die Seele des Arbeiters geführt werden mußte; doppelt schwer wegen der Gleichgültigkeit und Unaufmerksamkeit der Arbeiterschaft und der Bestrebungen jener Leute, die unter der Vorsepiegelung sozialgerichtlicher Pflichterfüllung die Arbeiterschaft zu verwirren suchen, damit dieselbe ja nicht ihres Glanzes bewußt wird. In vielen Einzelfällen ist ihm das gut gelungen.

Zeit langem wünscht die Arbeiterchaft des Saargebietes eine Verwirklichung ihrer unendlich langen Arbeitstagen herbei, bringt aber nicht die wirtschaftliche Kraft auf, das richtige Mittel in Anwendung zu bringen, das unbedingt notwendig ist, ihrem Willen Geltung zu verschaffen. Nicht durch Schlupfen wird in der Frage gelöst, sondern durch geschlossenes Zusammenwirken in der Organisation! Lohn- und Tariffragen sind machtpolitische Fragen. Die Bemühungen, die Arbeiterchaft im Saargebiet zu organisieren, sind in der letzten Zeit, dank der tüchtigen Mitarbeit unserer Vertrauensleute und der langjährig organisierten Arbeiter, Erfolge erzielt. Nicht im Vergessenen Jahre erfolgte gewesen, vornehmlich in der letzten Zeit, dank der tüchtigen Mitarbeit unserer Vertrauensleute und der langjährig organisierten Arbeiter, Erfolge erzielt. Nicht im Vergessenen Jahre erfolgte gewesen, vornehmlich in der letzten Zeit, dank der tüchtigen Mitarbeit unserer Vertrauensleute und der langjährig organisierten Arbeiter, Erfolge erzielt.



Der agrarische Wunschzettel.

Die Agrarier haben in Berlin ihre übliche Woche absolviert. Das übliche Geschrei wurde diesmal durch allerlei Drohungen verstärkt, hinter denen man ebenso Sturm auf die Finanzämter wie einen Marsch auf Berlin verstehen kann. Von der Finanzverwaltung wurde die allein geeignete wäre, eine objektive Würdigung und Hilfeleistung für die Landwirtschaft zu fördern, war wenig zu merken.

Das »Notprogramm« kündigt jeder vernünftigen Zollpolitik Kampf an: kein neuer Handelsvertrag mit Meistbegünstigung, keine Herabsetzung von Zollsätzen, kein polnisches Schweinekontingent.

Bei den Verhandlungen mit Polen spielt die letztere Frage eine Rolle. Polen möchte viel Schweine und viele Kohlen nach Deutschland ausführen. Unsere Agrarier möchten die Formel: Keine polnischen Schweine, lieber polnische Kohle!

Die Lösung der Frage ist recht schwierig. Gegen ein hohes Kohlenkontingent wehren wir uns, weil jede 100 000 To. Einfuhr polnischer Kohle Arbeitslosigkeit in Oberschlesien und Niedergang Niederschlesiens bedeutet.

Auf finanzpolitischem Gebiet fordert das Programm die Abdrosselung der Auslandskredite (!), Entschuldung aller Betriebe ohne Rücksicht darauf, ob sich die Entschuldung lohnt und ohne organische Verbindung mit einem großzügigen Produktionsprogramm. Schul- und Wegelasten soll das platte Land überhaupt nicht mehr tragen.

Die Grundsteuer soll beseitigt, dem Reich ein Vetorecht gegen Realsteuern gegeben werden. Eine Nacherhebung der Vermögenssteuer soll für die Landwirtschaft wegfallen, für die Einkommensteuer ein mehrjähriger Durchschnitt eingehalten werden.

In der Sozialversicherung verlangt das Programm »Rationalisierung« (Abbau?) und Sonderarrangements für die Landwirtschaft. Die Arbeitslosenversicherung soll mit Rücksicht auf das flache Land »umgestaltet« werden, ausländische Saisonarbeiter viel mehr ins Land hinein.

Als Köder für die Landarbeiter findet sich in dem Programm der Satz, daß die Landarbeiter so viel verdienen müssen, daß sie ihren Arbeitern denselben Lohn für gleichschwere Arbeit zahlen können wie die Industrie.

Bei der agrarischen Einstellung der jetzigen Reichsregierung wird es um ein solches Programm im Parlament noch heftige Kämpfe geben.

Elektroverständnis zwischen Reich und Preussen.

Die Preussischen Elektrowerke hatten sich im vorigen Jahre mit dem RWE über Gebietsabgrenzungen verständigt. Jetzt ist auch eine Verständigung mit den Reichs-Elektrowerken erfolgt, so daß RWE im Westen, Preußen im Norden und Reichs-Elektro-Brandenburg usw. beherrscht. Es wurde ein Vertrag zwischen den Preussischen und den Reichs-Elektrowerken abgeschlossen, der Preußen und den Elektrowerken je einen gleichen Anteil an der Verwaltung der Braunschweiger Kohlenwerke A.-G. zusichert.

Wie bereits in dem Verträge zwischen dem preussischen Staat und dem RWE, der auch für die Preussische Elektrizitäts-A.-G. bindend ist, so wird auch in diesem Abkommen über die Regelung der mit den Braunschweiger Kohlenwerken zusammenhängenden Fragen hinaus eine grundsätzliche Regelung der elektrowirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Elektrizitätsunternehmen Preußens und des Reiches geschaffen. Für beide Vertragspartner werden die Versorgungsgebiete umgrenzt und darüber hinaus in Grenzgebieten eine engere Zusammenarbeit vereinbart.

Die Zusammenarbeit im unrentablen Konkurrenzkampf zwischen diesen beiden Unternehmen ist damit beseitigt. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Preussische Elektrizitäts-A.-G. übernommen hat, zu bewirken, daß den Elektrowerken die Nutzung der Braunkohlenfelder bei Hoyerswerda übertragen wird, die unmittelbar an den Felderbesitz anstoßen, der heute die Grundlage der Stromerzeugung der Elektrowerke darstellt.

Die mit dem RWE und den Elektrowerken abgeschlossenen Verträge sind als eine Einheit zu betrachten und geben einen deutlichen Beweis dafür, daß in der Elektrowirtschaft auf wirtschaftlichem Wege eine Verständigung in der Richtung planmäßiger Zusammenarbeit erreicht werden kann.

Hoffentlich hat diese Verständigung nun auch endlich zur Folge, daß billiger geliefert wird.

Um die Eisenpreiserhöhung.

Der Reichswirtschaftsminister ist dem Verlangen, im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags zur Eisenpreiserhöhung Stellung zu nehmen, nicht nachgekommen. Er will die Interessentengruppen zusammenholen und erst danach im Reichstagsplenum und im Ausschuss die Frage besprechen. Er zog aber, wie er sich ausdrückt, ein Warnungssignal auf. Er hat den § 4 der Kartellverordnung in Anwendung gebracht. Dieser lautet:

„Gefährdet ein Vertrag oder Beschluß der in § 1 bezeichneten Art oder eine bestimmte Art seiner Durchführung die Gesamtwirtschaft oder das Allgemeinwohl, so kann der Reichswirtschaftsminister anordnen, daß ihm Abschrift aller zur Durchführung des Vertrages oder Beschlusses getroffenen Vereinbarungen und Verfügungen einzureichen ist, und daß diese Maßnahmen erst nach Zugang der Abschrift in Kraft treten.“

Nach der Kartellverordnung wird die Gesamtwirtschaft oder das Allgemeinwohl insbesondere dann gefährdet angesehen, wenn in volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigter Weise die Erzeugung oder der Absatz eingeschränkt, die Preise gesteigert oder hochgehalten oder im Falle werblicher Preisstellung Zuschläge für Wagnisse eingerechnet werden, oder wenn die wirtschaftliche Freiheit durch Sperrung im Ein- oder Verkauf oder durch Festsetzung unterschiedlicher Preise oder Bedingungen unbillig beeinträchtigt wird.

Der Reichswirtschaftsminister gab in Ausführung seiner Anordnung folgendes bekannt:

„Auf Grund des § 4 Abs. 2 Ziffer 3 der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung vom 2. November 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 1067) ordne ich im Hinblick darauf, daß die Art der Durchführung der nachgenannten Kartellverträge, die in der Januar 1928 beschlossenen Festsetzung von Preisen und Geschäftsbedingungen für Walzwerkzeugnisse zum Ausdruck gekommen ist, die Gesamtwirtschaft und das Allgemeinwohl gefährdet, hiermit an, daß dem Reichswirtschaftsminister künftig Abschrift aller zur Durchführung der nachgenannten Kartellverträge getroffenen Beschlüsse, Vereinbarungen und Verfügungen, soweit sie Regelungen der Preise oder Geschäftsbedingungen betreffen, einzureichen sind, und daß Maßnahmen dieser Art erst nach Zugang der Abschrift in Kraft treten.“

Diese Anordnung bezieht sich auf folgende Kartellverträge und die zu deren Ergänzung ergangenen Beschlüsse und Anordnungen:

1. Vertrag der Rohstahlgemeinschaft (in Kraft getreten am 1. November 1924).
2. Verbandsvertrag betr. Halbzeug, Eisenbahn-Oberbaumaterial und Formisen (1. Mai 1925).
3. Vertrag des Stabeisenverbandes (1. August 1925).
4. Verbandsvertrag betr. Bandisenvereinigung (7. August 1925).
5. Vertrag betr. Grobblechverband (26. Juli 1925), zu 1 bis 5 einschließlich der Verträge, welche diese Vereinigungen bzw. Verbände mit dem Stahlwerksverband A.-G. Düsseldorf, als ihrer Geschäftsstelle, geschlossen haben.
6. Gesellschaftsvertrag (Satzung) des Walzdrahtverbandes (13. Juni 1925) einschließlich der Verträge, welche die dadurch begründete Gesellschaft mit ihrer Geschäftsstelle, der Deutschen Drahtwalzwerke A.-G. Düsseldorf, geschlossen hat.

Die Vereinigten Stahlwerke

veröffentlichten einen Bericht über das 1. Vierteljahr des Geschäftsjahres 1927-28 (Oktober-Dezember). Danach hat die Kohlenförderung um 0,15 Mill. To., die Kohleproduktion um 0,26 Mill. To., die Rohstahlerzeugung um 0,14 Mill. To. und die Rohstahlerzeugung um 0,12 Mill. Tonnen gegenüber dem früheren Monatsdurchschnitt zugenommen. Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten hat sich etwas ermäßigt, denn die Arbeiterzahl ist vom Septemehr bis Dezember von 183 179 auf 182 235 zurückgegangen, davon entfallen 87 324 (88 730) auf den Steinkohlenbergbau. Während also infolge der bekannten Verhältnisse die Arbeiterzahl im Steinkohlenbergbau um 1410 Köpfe abgenommen hat, beträgt der Gesamtanhang nur 944, es müssen also die Eisen- und Hüttenwerke noch 466 Arbeiter aufgenommen haben. Auch die Zahl der Angestellten ist noch etwas gestiegen, und zwar von 15 740 auf 15 866. Die im Steinkohlenbergbau beschäftigten haben allerdings auch hier etwas abgenommen, und zwar um insgesamt 16 Köpfe. Die Zahl betrug am 31. Dezember 5157 (5173). Der Umsatz an Fremde beläuft sich im 1. Vierteljahr auf 361,67 Mill. M., davon entfallen 259,96 Mill. auf Abnehmer im Inland und 101,71 Mill. auf Abnehmer im Ausland. Der Gesamtjahresumsatz in 1926-27 betrug 1417,33 Mill., davon entfallen 972,84 auf das Inland und 444,49 Mill. auf das Ausland, das waren 31,3 Prozent. Im 1. Vierteljahr 1927-28 ist der Anteil des Auslandes etwas zurückgegangen und beträgt etwa 28 Prozent.

Nach dem Maßstabe der bisherigen Entwicklung hofft man, 1928 den Gewinn auf 4,5 Mill., 1929 auf 6,6 Mill. und 1930 auf 6,8 Mill. Mark steigern zu können. Hoffentlich hat man nicht nur die Gewinnsteigerung, sondern auch erhöhte Arbeiterlöhne in Rechnung gestellt.

Die Braunkohlenförderung erhöhte sich in den Monaten Januar bis September 1927 auf 1,72 (1,48) Mill. To., also um 16,3 Proz., die Brikett- und Kohlenstaubherstellung auf 0,22 (0,15) Mill. To. oder um 41,5 Proz. Dagegen ging das Steinkohlenausbringen auf 0,13 (0,14) Mill. To. oder um 4,8 Proz. zurück. Die Stromerzeugung aller Werke betrug in der gleichen Zeit 367,56 (271,91) Mill. KWSt., die Zunahme also 35,2 Proz. Der Stromverbrauch betrug 168,53 (133,49) Mill. KWSt., also eine Zunahme um 26,3 Proz. Der Stromverkauf betrug 462,90 (347,39) Mill. KWSt., also eine Zunahme um 33,3 Proz. Der durchschnittliche Verkaufserlös für Steinkohle betrug 17,90 (17,75) M. An durchschnittlicher Stromerzeugung waren 5,177 (5,778) Pf. je Kilowattstunde zu verzeichnen (— 10,4 Proz.). Für Neubauten sollen 1928 85 Millionen Mark hergegeben werden.

7 Prozent Stahldividende.

Die Mitteldeutschen Stahlwerke beendigten am 30. September 1927 ihr erstes Geschäftsjahr. Der Betriebsüberschuss betrug nach Deckung sämtlicher Zinsen, Verwaltungs- und Handlungskosten 11,267 Mill. Mark. Nach Abschreibung von 3,551 Millionen und Steuern und sozialen Abgaben 3,994 Millionen verbleibt ein Reingewinn von 3,721 Millionen, aus dem 7 Prozent Dividende auf 50 Millionen Mark Aktienkapital verteilt werden sollen. In der Bilanz erschienen Anlagen mit 51 Millionen, Forderungen mit 23, Vorräte mit 9, Verpflichtungen mit 9, nicht abgerechnete Kreditoren mit 3,8 Millionen. Also: Aktienkapital 50, Vermögen 70,2 Millionen, für das erste Geschäftsjahr ein glänzendes Ergebnis!

Bemmergeseide 14 Prozent.

Die Preisausschreiben für Abteilungen süßer Beinchen mit Bemmergeseide haben sich gelohnt. Der Umsatz der Bemmergeseidefabriken stieg von 17 Millionen in 1925-26 auf 41,5 Millionen in 1926-27, der Betriebsüberschuss von 6,8 auf 11 Millionen. Nach 5,7 Millionen Unkosten, Zinsen, Steuern und 2,4 Millionen für Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 3,1 Millionen; aus dem statt 8 Prozent wie im Vorjahr 14 Prozent Dividende verteilt werden sollen.

Die sieben Herren vom Aufsichtsrat bekommen 210 000 M., das Jahresinkommen von 1000 Textilarbeitern. Diese wurden aber im Herbst 1926 ausgesperrt, weil das Unternehmen angeblich höhere Löhne nicht tragen konnte.

Der Gewinn war aber weit größer, als die Dividende vermuten läßt. Für Grundstückserwerb und Neuanlagen wurden 10 Millionen aufgewandt, davon 6,2 Millionen aus einer Anleihe und 4 Millionen aus laufenden Betriebseinnahmen. Forderungen erscheinen in der Bilanz mit 27 Millionen, Verpflichtungen mit 10,2 Millionen, die Reserve (im Vorjahr 100 000 Mark) erscheint mit 10 Millionen (bei 28 Millionen Mark Aktienkapital).

Fürwahr, die Bekleidung der süßen Beinchen mit Bemmergeseide macht sich glänzend bezahlt!

Stickstoffabrik der Kohlechemie A.-G.

Diese Ruhrzweigengesellschaft, welche die Stickstoffproduktion nach dem Casale-Verfahren durchführen will, hat in Sterkrade-Holten von der Gutehoffnungshütte ein Gelände angekauft, um die geplante neue Stickstoffabrik zu bauen. Die Anlage wird zunächst für eine Kapazität von 25 000 To. Stickstoff pro Jahr gebaut. Mit dem Bau dürfte zu Beginn der Frühjahrsbauperiode zu rechnen sein. Dieses Bauprojekt ist anscheinend die Ursache für die in letzter Zeit im Bezirk verbreiteten Gerüchte über den Plan einer neuen großen Zentralkokerei in der Gegend von Sterkrade, durch die ein erheblicher Teil bestehender Kokereien überflüssig würde. Der Kokereierneuerungsprozeß dürfte vorläufig mit den zurzeit in Gang befindlichen Betrieben abgeschlossen sein. Für den in der Hamburger Gegend liegenden Bergbau der Ver. Stahlwerke bestehen Rationalisierungspläne, wobei eine Reihe von Anlagen der bestehenden Produktionsfähigkeit ausgebaut werden soll, ohne daß darum eine vollständige Stilllegung benachbarter Anlagen in Frage kommt.

Dr. Silverberg

von der A.-G. Rheinische Braunkohle ist an Stelle Muesers Aufsichtsratsvorsitzender der Harpener Bergbau-A.-G. geworden. Gerüchte, die die Rheinische Braunkohle-A.-G. und Harpen in Verbindung mit der I.G. Farben brachten, werden (vorläufig?) demontiert.

Die Sächsischen Werke,

deren Aktien sich alle im Besitz des sächsischen Staates befinden, hatten 1927 ein gutes Jahr. Der Reingewinn betrug für das 1. Halbjahr 1,93 Mill. M. gegen 2,8 Mill. im ganzen Jahre 1926 und voraussichtlich 3,2 Millionen Mark für 1927.

12 Prozent.

Die Wandererwerke (Autos, Fahrräder) erhöhten ihren Bruttogewinn von 6,22 auf 7,03 Mill., der Reingewinn beträgt 1,83 Mill., die Dividende 12 Prozent. Der Umsatz war der höchste seit Bestehen der Werke.

Saargebiet.

Ludwig Setterich 60 Jahre alt.

Am 8. Februar vollendet ein Pionier unseres Verbandes im Saargebiet sein 60. Lebensjahr: Ludwig Setterich, geboren am 8. Februar 1868 in dem an der preussischen Grenze gelegenen pfälzischen Dörfchen Breitenbach. Seine bergmännische Tätigkeit fiel in die bewegten 80er Jahre. Die Bergarbeiter aller deutschen Bergreviere meldeten damals gerade bei den Kohlenkönigen ihre Menschenrechte an. Auch die Zustände auf den Saargebieten waren alles andere als idyllisch. Zwölfstündige Arbeitszeit, eine vorläufige Arbeitsordnung verkörperte patriarchalische Zustände.

Da wurde im Jahre 1889 der Verband der Bergarbeiter als Kampforganisation zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter und geistigen Seelung der Berufskameraden für den gesamten Bergbau Deutschlands gegründet. Eine Ueberführung des Reichsgräbervereins in die einheitliche Bergarbeiterorganisation, den Verband der Bergarbeiter, scheiterte, so daß sich 1891 trotzdem einzelne Bergarbeiter dem Verband anschlossen, unter denen sich auch Ludwig Setterich befand.

Im Jahre 1905 besuchte Setterich mit mehreren Kameraden eine Bergarbeiterversammlung in Saarbrücken. Diese Gefühlsverweigerung gegen den königlichen Grubenherrn mußte er mit der Entlassung von seiner Arbeitsstelle auf Grube Dechen büßen. Aber auch die Entlassung aus der Arbeit bei dem staatlichen Arbeitgeber vermochte Setterich nicht eine andere Bestimmung zu geben. Im Gegenteil: mit echt bayerischer Zähigkeit verfolgte er sein Ziel. Keine Arbeit war ihm zu viel. Nicht mehr königlich-preussischer Bergmann, sondern als Bauhilfsarbeiter von einer Arbeitsstelle zur andern gehend, sobald seine sozialdemokratische Gesinnung dem Arbeitgeber bekannt wurde. Doch mit Hilfe seiner Frau, welche durch Waschen und Tagelohnarbeiten die Familie von fünf Kindern mit ernährte, überstand er auch die reaktionären Pläne der Unternehmer.

Im Jahre 1908 erfolgte seine Anstellung im Verband als Lokalorganisator. Er scheute keine Arbeit und Mühe, in dem ausgedehnten Bezirk Pfalz, Saar und Lothringen bis zur luxemburger Grenze für den Verband und den Fortschritt der Bergarbeiter zu werben. Der Erfolg war die Niederrichtung des saarabischen Unterdrückungsabkommens.

Aber auch der Weltkrieg sah Setterich auf dem Posten. Nicht mit der Waffe stand er seinen Mann, sondern seine Aufgabe war, die Lebenslage der Bergarbeiter zu heben. Als Gegner des Militarismus wollte er nicht begreifen, daß sich die Menschen vier Jahre lang hinschlachten dürfen. Der preussische Militarismus glaubte, Setterich im Jahre 1917 durch einen siebenmonatigen Arrest auf der Leibesstrafe (Saarbrücker Gefängnis) bei freier Bewilligung, trotz Lebensmittelknappheit, befehlen zu müssen. Doch bei aller Begabung lernte er nicht um.

Aber auch die geistige Finsternis des Saargebietes wurde durch die Feuerstrahlen des Krieges erleuchtet. Der Verband der Bergarbeiter als Vereinigung der Saarbergarbeiter wurde eine Macht. Und so sehen wir auch in der Nachkriegszeit den Kameraden Setterich die Interessen der Bergarbeiter gegen den französischen Militarismus und Unternehmer verteidigen. Der sechzigjährige Ludwig Setterich hat auch heute nichts von seiner Kampfart eingebüßt. Er ist ein Vorbild von Pflichterfüllung im Interesse der Arbeiterbewegung. Wir wünschen, daß er uns noch lange erhalten bleibt, um auch mit den verbliebenen Kräften in die Speichen des Weltensrades mit einzugreifen!

Verbandsnachrichten.

Wegen Verbandschädigung wird gemäß den Bestimmungen unseres Statuts der Kamerad Otto Markert, Zahlstelle Meuselwitz, D.-Nr. 114 904, aus unserer Organisation ausgeschlossen.

Bücherrevisen.

Öhholz. Im Monat März. Bücher bereit halten!

Auszahlung von Unterfügungen.

Reitmar II. Die Auszahlung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung erfolgt in Juli und am 15. und 30. jedes Monats. Die Unterfügungsansprüche sind spätestens fünf Tage vorher beim Kassierer Leich oder beim Vertrauensmann Eppler abzugeben. Kreßschon. Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat werden Anmeldekarten zur Kranken- und Arbeitslosenunterstützung beim Vertrauensmann Guntz im Bldg. Or. 10157, Raumburger Str. 12, angenommen. Verbandsbuch, Krankenschein, Arbeitslosenschein ist vorzulegen.

Vorträge.

Vortrag VI. Anträge auf Kranken- oder Arbeitslosenunterstützung können jeden Monat bis zum 8. beim Hauptkassierer Franz Paulus, Feldstr. 6, gestellt werden.

Adressenveränderungen.

Vortrag VI. Erster Vertrauensmann: Karl Schüren, Grabenstraße 66, erster Kassierer: Franz Paulus, Feldstraße 6.

Kranzpende.

Die Kameraden werden gebeten, die Kranzpendemarle für den verstorbenen Kam. Kontny zu heben.

Vom Buchmarkt

Geschichte der Fabrik und der Massenarbeit. Von Christian Schmidt. Band 7 der Gewerkschafts-Literatur-Schriftenreihe. 150 Seiten. Preis 1,50 M. in Halbleinen gebunden. Die Bezüge der Zeitschrift Gewerkschafts-Archiv erhalten eine Preisermäßigung von 33 1/2 Prozent. Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena.

Die unsichtbaren Fäden, welche die moderne Fabrik mit den weltgeschichtlichen Tatsachen und der Geschichte der Arbeit überhaupt verbinden, zu sehen, ist schwierig. Aber niemand erfährt wieder die Gegenwart, wenn er sie nicht kennt als den Weitergang langer Jahrhunderte und jahrtausendhafter Gewordenheit. Aber auch jede Zeit hat wieder ihr besonderes Gepräge. Dies gilt auch über das Werden der Fabrik. Alle großen Weltperioden der Arbeit stehen in der vorliegenden Betrachtung in kurzen Rahmen an dem Leser vorüber.

Die vorliegende historische Untersuchung soll allen Arbeitenden, allen gewerkschaftlich und wirtschaftlich Interessierten helfen, ihre Lage, Interessen und Gemeinamkeiten historisch zu verstehen. Besonders Betriebsräten und anderen Funktionären der Arbeiterbewegung soll sie ein Helfer und eine Art historischer Leitfaden sein, an dessen Hand man sich im Labyrinth der gerichtlichen Gewordenheit zurechtfindet. Und mit dem allgemein erlangten Bewußtsein über das, was bisher in der Wirklichkeit vorhanden gewesen ist, werden wir zukünftig den Untergang der alten und den Anbruch der neuen Zeit erwarten können.

Von Laffalle sind im Verlag der „Weltgeist-Bücher“ erschienen: Das offene Antwortschreiben, das Tagebuch und das Drama Franz von Sickingen. Von Gustav Mäler, dem Geschichtsschreiber des Sozialismus, erschien im selben Verlag: Aus der Welt des Sozialismus, kleinere interessante Aufsätze, zum Teil aus den letzten Jahren. Die Weltgeist-Bücher umfassen die gesamte Literatur. Der Preis von 65 Pf. pro Einzelband, in Leinen gebunden und gut ausgestattet, ist sehr mäßig zu nennen. Verzeichnisse der Sammlung, die nur zu empfehlen ist, liefern die Buchhandlungen.

Meyers Lexikon in 12 Bänden. Siebente, völlig neubearbeitete Auflage. Ueber 180 000 Artikel und Verweisungen auf etwa 21 000 Spalten Text mit rund 5000 Abbildungen, Karten und Plänen im Text; dazu etwa 755 besondere Bildertafeln (darunter über 100 farbige) und 280 Kartenbeilagen und Stadtpläne sowie 200 Text- und statistische Uebersichten. Band 7 (Korrekter bis Marante) in Halblein gebunden 30 RM. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.

Denjenigen, die sich 1924 entschlossen haben, monatlich 5 M. für ihre Allgemeinbildung anzulegen, legt das Bibliographische Institut in Leipzig nun den siebenten Band auf den Tisch. Bei anderen Bänden zeigt auch dieser eine Fülle von Darstellungen über verschiedene Gebiete, so z. B. über Kriegswirtschaft, Landwirtschaft, Biographien berühmter Zeitgenossen, über die technische Entwicklung usw. Der Band schließt sich würdig seinen Vorgängern an und bietet eine verblüffende Menge von wissenschaftlichem Material.

Wirtschafts- Informations- Dienst. Schriftleitung: Kurt Heinig, Berlin. Verlag: Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Monatlich ein Heft. Vierteljahrsabonnement 2 M. Der Wirtschafts-Informations-Dienst ist eine beachtenswerte Quelle zur Ergänzung von Wirtschaftskenntnissen.

Das Memorandum des Reparationsagenten ist mit der Antwort der Reichsregierung im Verlag Neimar Hobbing (Berlin) als Broschüre erschienen.

Schluß des redaktionellen Teils.

Der Flug über das Meer nach Amerika ist bisher noch nicht geklärt - eine Tatsache, die das geweckte Interesse dafür bei weiten Volksteilen erlahmen ließ, und spricht man heute fast kaum mehr davon. Selbst wenn der Dauerflugverkehr zwischen Europa und Amerika Wirklichkeit werden sollte, so hätten daran nur die wenigsten unserer deutschen Staatsbürger teil. Dagegen kann sich heute schon der Vermittler der Armen gestalten, durch den Kauf eines Fahrrades sich ein vielleicht ebenso köstliches Reisevergnügen zu schaffen. Wer es nicht nur zum Vergnügen benutzen will, dem dient es als anpruchloses Verkehrsmittel zur Arbeitsstätte oder für die Berufsfahrt. In Erkenntnis der ungeheuren Bedeutung dieses Verkehrsmittels für vier Fünftel unseres gesamten Volkes

bringt die Wifinger-Gesellschaft m.B.H., Kassel 12, in ihrem neuen diesjährigen Frühjahrskatalog ganz außerordentlich vorteilhafte Angebote für Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate heraus und möchten wir jedem Interessenten empfehlen, sich sofort gratis und franco den reichhaltigen Katalog von der Wifinger-Gesellschaft m.B.H., Kassel, kommen zu lassen. Dieses bekannte Unternehmen von bestem Ruf und Bedeutung bürgt für prompte Erledigung selbst des kleinsten Auftrages. Wenden Sie sich daher vertrauensvoll an diese gute Bezugsquelle.

Auf der Höhe steht die Hausfrau, die sich die Errungenschaften unserer hochentwickelten Nahrungsmittelindustrie für ihren Küchenhaushalt zunutze macht. Anstatt das Fleisch der Fleischbrühe wegen auszuschöpfen, wird sie es braten und die Fleischbrühe ebenbürtig aus Maggi's Fleischbrühwürfeln herstellen. Sie spart dabei viel Zeit und Feuerkraft, hat sie doch nur die Würfel in kochendem Wasser aufzulösen. 1 Maggi's Fleischbrühwürfel gibt gut 1/4 Ltr. Fleischbrühe.

Der Einkauf für den Garten erfordert Ueberlegung. Wer dabei an falscher Stelle spart, muß damit rechnen, daß Arbeit und Mühe des ganzen Jahres nutzlos veran sind. Das Billigste kann niemals das Beste sein. Adler & Co., Ubersaat-Samenzüchtung in Erfurt, senden jedem Gartenfreund kostenfrei, den micht. Ubersaat-Katalog. Preiswert u. gut ist darin eine reiche Auswahl für Garten u. Feld angeboten.

Salit OEL



zum Einreiben bei Rheumatismus, Hexenschuss, Gliederschmerzen, Ischias, Neuralgien, Folgeerscheinungen von Gicht und Influenza. Man frage seinen Arzt. Salit-Oel enthält als wirksamen Bestandteil 50% Salit. pur., Salit-Creme in Tuben 25% Salit. pur. = 70% Salicylfäureharnstoffester. - In allen Apotheken zu haben.

Arterienverkalkung

des Herzens und des Gehirns, die Krankheit des zunehmenden Alters, führt zu sehr gefährlichen Folgeerscheinungen (Herzleiden, Herzvergrößerung, Arbeitsunfähigkeit und frühzeitigen Tod durch Schlaganfall), wenn die rechtzeitige Behandlung vernachlässigt wird. Wir empfehlen daher allen, rechtzeitig unseren Philippsburger Arteriosklerose- Tee (Herbaria-Entkalkungstee) zu trinken. Er fördert die Blutzirkulation in den Schlag- und Halsadern, reinigt, entkalkt und verdünnt das dickflüssige, veraltete Blut, macht es dadurch zirkulationsfähiger, verhindert Kaltablagerungen, wirkt auflebens und ausseheidend und fördert die Rückbildung der veralteten Adern zur normalen Elastizität, wodurch Brüche (Schlaganfällen) und sonstigen Gesundheitsstörungen vorgebeugt wird und die Arbeitsfähigkeit länger erhalten bleibt. Massenhafte Dankeschreiben! Patete N 3. (Kur: 6-12 Patete.)

Alleiniger Hersteller: Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg 401 (Baden).

Gallensteine

werden durch den bekannten Philippsburger Herbaria-Gallensteinte ohne Operation oft rasch und schmerzlos aufgelöst und abgeführt, was viele Dankeschreiben der Verbraucher bezeugen. Patet N 3. (Kur: 3-6 Patete.) - Dankeschreiben: „Der Herbaria-Gallensteinte hat bei meiner Frau Wunder gewirkt. Krankheit ganz behoben, und sagt sie Ihnen herzlichen Dank dafür.“ Gustav Kühring, Lehe. (Alter 50 Jahre.) - „Im Februar d. J. bezog meine Frau 2 Patete Ihres Herbaria-Gallensteintes, wodurch über 200 Steine abgeführt wurden, bitte nochmals um Aufhebung von 3 Pateten.“ Joh. Mähle, Altenfalsweber. - „Die Kur mit Ihrem Herbaria-Gallensteinte hat mir gut gefallen, es sind viele Steine abgegangen und ist mir gleich wohler geworden“ ufm. Frau Hammerling, Sudlow. Weitere Dankeschreiben liegen uns massenhaft vor!

Blasen- und Nierenleiden

der verschiedensten Art, wie Blasen-, Nieren- und Harnröhrenverletzung, Harnverhaltung u. Blasen-schwäche, Stein- und Griesbildung, Wassersucht, Schmerzen beim Urinieren usw. werden durch Herbaria-Blasen- und Nierentees wirksam beeinflusst und behoben. Er scheidet Säure aus, vermindert die Eiweißausscheidungen und wirkt schmerzstillend. Viele Dankeschreiben. Patet N 3. (Kur erfordert ca. 6 Patete.) Bettnässen ist keine Untugend, sondern die Folge einer Blasen-schwäche und wird durch Herbaria-Bettnässentees behoben. Patet N 3. (Kur erfordert 3-6 Patete.)

bustige Gesellschaft steckt an! Sie finden sie in unserem Lustigen Buche des Humors. Dasselbe enthält die kapitalisten neuesten Witze, Vorträge und Couplets. Sie werden sich tolltun. Sie können überall tonende Lachsalven hervorruhen! Dies Buch schafft Ihnen viele Stunden der Lust und Laune und macht Sie zum beliebtesten Gesellschafter. Preis M. 1,80. Kongress-Verlag, Abt. 109, Dresden-A., Marschallstr. 27.

SIGURD FAHRÄDER auch gegen TEILZAHLUNG GARANTIE-RAD Modell 68-SPEZIAL-RAD 44 Katalog gratis von der SIGURD-GESellschaft, KASSEL 78

billige böhmische Bettfedern 1 Pfd. graue, gefüllte M. 0,80 und 1.-, halbe weiße M. 1,20, weiße, launige M. 2.-, 2,50 u. 3.-, Herrschaftsbleich M. 4.-, best. Halbstaum M. 5.- u. 6.-, ungebleicht M. 2,20, 2,80 und 3,25, Flaumkopf M. 3,80, u. 4,50, Daunen weiß M. 7.-, halbes M. 10.-, außer gegen Nachnahme, von 10 Pfund an portofrei, Nichtpassendes umgetauscht oder Geld zurück. Rudolf Blahut, Bettfederngroßhändler Deschenig 67 A. (Böhmerwald).

„K-P“-Gesundheitshemd das beste Arbeitshemd, größte Haltbarkeit, schweißlängend, schützt daher vor Erkältung! Der St. nur 3/4 M., ab 6 St. portofrei Kaiser & Paulsen, Großbröhrendorf 1. Sa. (Vestretter geschäft.)

Billig und gut erhalten Sie alle Musikinstrumente, Sprechmaschinen, Harmonikas. Biohörn u. M. 5.- an Wandhörner u. M. 7.- an Zithern u. M. 12.- an Harmonikas u. M. 37.- an Sprechmaschinen, mit 3 Jahren Gar. u. M. 20.- an Schallplatten u. M. 1.- an Ernst Hess Nachf., Stammhaus geg. 1872, Klingenthaler Sa. 479. Langjährige Erfahrungen. (Obere Dandreibel) Keil. Umtausch gestattet! daher kein Risiko! Katalog gratis

100 Böhmer Bettfedern fertige Betten zu den niedrigsten Preisen bei besten Qualitäten garantiert! Geben Sie 2,90, weiß, Schleiß M. 3,20, (schneeweiß) Halbstaum M. 4,80, sehr launig M. 6,80, reine u. Daunen M. 8,80, ab 9 Pfd. portofrei Ober- u. Unterbetten bis gefüllt M. 13,99, in echt rot M. 28,90, Riffen M. 4,40, im Vierer echt rot M. 85,00, großes Kinderbett komplett M. 21.-, Mutter u. Prestige! gratis, Umtausch gestattet oder Geld zurück. M. Mühlhofer, Hauptstraße 59, Bettfedernverlag (Bayer. Wald, Böhmer. Grenz).

Böhm. Bettfedern fertige Betten zu den niedrigsten Preisen bei besten Qualitäten garantiert! Geben Sie 2,90, weiß, Schleiß M. 3,20, (schneeweiß) Halbstaum M. 4,80, sehr launig M. 6,80, reine u. Daunen M. 8,80, ab 9 Pfd. portofrei Ober- u. Unterbetten bis gefüllt M. 13,99, in echt rot M. 28,90, Riffen M. 4,40, im Vierer echt rot M. 85,00, großes Kinderbett komplett M. 21.-, Mutter u. Prestige! gratis, Umtausch gestattet oder Geld zurück. M. Mühlhofer, Hauptstraße 59, Bettfedernverlag (Bayer. Wald, Böhmer. Grenz).

Konkurrenzlos mit Garantiefeld für ein Jahr! Gute Tachenuhr nur 2,50 RM. Mr. S. Deutsche Herren Uhren- u. Uhrm., genau regelt. Wert. ja. dem. nur 2,50 RM. Nr. 4b ganz neu, gold. Schmirer, Qualität 3,50 RM. Nr. 4b ganz neu, gold. 4,40 RM. Nr. 5 dieselbe mit bestem Werk, feine, hohe Form 4,80 RM. Nr. 6 Sprungdeckel- u. 3 Bedel vergoldet, hochwertige Uhr 8,00 RM. Nr. 7 Damenuhr, fast weiß, 2 Goldränder 5,50 RM. Nr. 8 Armbanduhr mit Lederriemchen 5,50 RM. Nickelteile 0,30 RM. Doppelreihe, echt vergoldet 1,20 RM. Kapitel 0,20 RM. Versand gegen Nachnahme Katalog gratis.

Sächliche Bettfedern und Betten-Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 79 (Provinz Sachsen), Angerstrasse 4 sendet Ihnen nur allerbeste, streng reelle Qualitäten Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen. Ferner prima Bettinlett. Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben u. Preisliste umsonst u portofrei! Guten tüchtigen Verdienst im Hause erhalten Sie bei Kauf unserer erstklassigen Flach-Stridmaschine für die Strumpf- und Jodenstricker! Lieferung sofort Zeitgemäß! Unterricht wird erteilt. Johann Schmitzler, Ellen, Großhändler, Straße 47, Krefeld, Spezialgeschäft in Stridmaschinen am Flöge. Eigene Reparaturwerkstatt für Stridmaschinen Engros- Lager in Strid- und Sportwollen.

Edel-Blütenhonig neuer Ernte, ohne Zuderfütterung, garantiert rein das Allerfeinste Bienen erzeugen können. Spezialität: Kleehonig, hoch aromatisch, 10 Pfd. Dose M. 10.-, 5 Pfd. M. 5,50 (Küch.). ohne Zuderfütterung. Garantie: Juridische Unter- Nachnahme. Validiert-Konto Hamburg 62583 Bienenhof: Inh. Carl Schelke, Oberland 526 B. Br. Vertreter vieler homöopathischer Vereine. Billigste und reellste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern wie u. b. Ganz gewach mit voll Daunen 5 Pfd. 3.-, bei dopp. ger. 3,50, 8 Pfd. Halbdaunen 5.-, sehr zarte 6.-, 4 Daunen 6,50, ger. gefüllt, geb. m. Daunen 4.- und 5.-, dopp. 5,75, ab 7,50. In. Halbdaunen 9.- und 10,50 3 reelle Halbdaunen Ware: Ganz rechte Nachgeschickes auf meine Kosten zur Verz. geg. Nachn. ab 5 Pfd portofrei Lieferung Rudolf Gieseler, Gänsefantenstalt, gegründet 1852, Neu-Verderf Nr. 21 (Leber)

Hygien. und chirurg. Artikel Preisliste gratis bei Nennung des gewünschten Artikels oder Zwecks Gummihering, Abt. 4 Berlin G 25.

Bettfedern aus erster Hand! 5 Pfd. grau 60 M., gefüllt, 90 M., weiß 1,75, Halbdaunen 2,75, 4,00, weiß Flaumkopf 4,00, beste 5,00, Daunen 7,00, weiß-10,00, Edelbleich 3,50-5,00, Oberbett, die. Nacht, 8 Pfd. 12,00, 18,00, 24,00, 3 Pfd. 3,50, 5,50 aufm. gegen Nachnahme. Mutter, Preisliste frei, kein Risiko. Reichsflößen geschäft. Böhm. Bettfedernspezialhaus Sachsel & Stadler, Berlin G. 24, Landbergerstrasse 43

Landw. Gemüse- u. Blumen-Saaten- u. Saatkartoffeln erntl. Hochzuchten. - Verlangen Sie sofort gratis Führer durch Garten und Feld! Neuesten reichill. Katalog mit wertvollem Preisverhewerb - Reklame-Gemüseortiment v. 30 Sorten, wie Karotten, Zwiebeln, Gurken, Bohnen, Erbsen usw., zusammen 6 RM. Thür. Samenhaus Curt Tegetmeyer Witterda-Erfurt 53.

Kein Zwiesel die Miele-Waschmaschine mit Phönix-Wassermotor stellt das vollkommene dar, was es gibt. Phönix ist zwar etwas teurer als andere, dafür aber unerreichter Wirkungseffekt und geringstem Wasserverbrauch bei ungleich länger Lebensdauer. In den einschlägigen Geschäften zu haben. Mielewerke A.G. Gütersloh/Westfalen Größte Waschinmaschinenfabrik Deutschlands

Gallensteinen + Unstreitig beste und billigste Bezugsquelle für Sprech- apparate ist die Sprechapparate-Fabrik Wilh. Müller Söhne, Reumade Nr. 253 i. B. Verlangen Sie umgehend unseren Katalog!

Garantie-Fahrräder mit Freilauf und Bereifung in allen Preislagen, Spez. Rad m 39,50 pro Tag. Im Katalog finden Sie Teilzahlungsrad schon mit Anzahlung m 10.- Wochenraten m 2,50. AUTOFHRAH GmbH, Alexandrinenstrasse 36, Berlin SW 68/78

Die ideale Bettfüllung echt chinesisches (gea. gesch.) Monopolhaunen Pfund M. 8,50 3-4 Pfd. zum Oberbett, Versand geg. Nachn. Proben u. Preisliste kostenfrei. Bettfedern-Fabrik Gustav Lustig Berlin 1, Prinzenstr. 48 & 49 Bettfed. u. Bett- Spezial-Gesch. Uckeritz.

Hühner junge, beste Legerassen, reell u. billig. Preisl. fr. Hofner, Geflügelhof Hainstadt 45 Baden Fischmarinaden reelle, täglich frisch, je eine Dose Kollmops, Beet-Beilage, Serringe in Gelbe, Bismarckheringe in Öl, 9 Pfd. 5,50 M., Nachnahme frei Haus. Preisliste gratis. Elbe-Fischvertrieb Hamburg 37 H.

Seit 1860! Stämpfe und Coden, Strid- u. Spargarne 1. Moll, Erde, Wolle, Zeit-Unterlebung, Kamelhäuten - Katalog umsonst - Herr. Köster Hendsburg 76 Bismarck

Edelroller 8, 9, 10, Spezial, 12, 15, Dorf, 18, 20 M., Weißbrot 2, 3 M., verf. geg. Nachn. a. m. Gf., 14 Tg. Pfd. Um. gef. entl. Best. zur. 6. Wertmehrer Kammerde 30, 30 Pfd. (90g). Preisliste 20 Pfd.

Vor Einkauf verlangen Sie bitte meine unparteiliche Preisliste über wertvolle Bettfedern, Gemüsen und Blumen-Sämereien. Samen, Feig Ballhorn, Doppel-Obst-Korb. Volkstürsorge Gewerkschafts-Gesellschaften! Verfertigung



die Marke der organisierten Verbraucher. Billig, schmackhaft und gut. Gewerkschafter fordert nur G&C-Kautabak in cuerm Konsumverein!

Reklamepreis nur Mark 4,00

folgt eine deutsche Herren-Uhrenfabrik Nr. 62, fort... Garantie für jede Uhr. Von den Uhren verkaufe jährlich ca. 10000 Stück. Uhren-Kasse, Berlin SW 29, Zosseder Straße 8 (28).

Wenn wir Sie sprechen könnten würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch von uns bezogene Kerren-u. Damen-Stoffe unbedingt Vorteile haben.

Nur noch 38 Mark kostet der obenstehend abgebildete Konzert-Sprech-Apparat 42 x 42 x 30 cm groß mit gutem Einleierschneckenwerk...

Handwagen stark gebaut Länge 90 cm Tragf. 3-4 Jtr. 19.-, Länge 100 cm Tragf. 4-5 Jtr. 20.-, Länge 110 cm Tragf. 5-8 Jtr. 24.-, Länge 120 cm Tragf. 6-7 Jtr. 28.-

Feinstes Tafel-Pflaumenmus woblgeschmeckt und gesund garantiert rein, mit Zucker eingekocht. 10-Pfund-Eimer, Postkolln 3.75 Mk., 25-Bankolln 8.50 Mk.

Otto Hue: Die Bergarbeiter H. Hansmann & Co. Buchhandlung, Bochum.

Jeder kann froh wieder aufatmen, bei allen Leiden gegen feinsten Schweiß bei Erkrankungen der Luftröhre und Lunge...

Apotheker F. Kost, Dresden 58, Bürgerwiese 15. Postfachkonto 7915 Dresden.

Unvergleichlich billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund graue, gute, gefüllte Bettfedern 8 Pf., bessere Qualität 1 Pf., halbweiße, flaumige 1 Pf. 20.

Lassen Sie sich nicht verblüffen durch marktschreierische Reklame sondern verlangen Sie, wenn Sie ein Fahrrad, Nähmaschine oder Sprechmaschine benötigen, unseren Katalog gratis und franko.

Fahrradhaus Frisch auf, Offenbach a. M. Eigentum des Arbeiter-Rad a irer-Bundes Solidarität.

Oldenburger Erzeugnisse. 200 Harzkäse 3 Pf. 9,05 ab hier. Holsteiner Käse 9 Pf. 3,05, 9 Pf. 3,05, 9 Pf. 3,05...

10000 Danfshreiber über Bettfedern beziehen und. Konkretenfalls billige, gute u. rasche Bedienung - 1 Pf. 1,50...

Käse postfrei ins Haus! Kugelkäse Edam Form 2 4,85, Tafelkäse Brothaus, 2 Stk. 4,85...

Laubsägerei Werkzeuge Kerbschnitt Holzbrand alle billigste Preise...

Käse billiger direkt Holländer Art (weiße Rinde) 9 Pf. 3,80, Holst. Tafelkäse (rote Rinde) 9 Pf. 3,80...

Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter! 1 Pfund graue halbweiße Bettfedern 8 Pf. 0,60...

Wenzel Fremuth, Deschenitz 138 Böhm. 1 Pfund graue halbweiße Bettfedern 8 Pf. 0,60...

HONIG gar. rein, Wiener-Hilfen-Schleibler-Honig, 1 Pf. 1,00, 10 Pf. 10,00...

Seit 20 Jahren Qualitäts-Musikinstrumente zu konkurrenzlos billigen Preisen in gr. Ausw. Woll & Comp., Klingenthal Sa. Nr. 687

Echte Harzer von 8 Wt. an, Vorläng. Ruchtpaar. Käfige, Futter, Käufe. Preisliste frei.

Gicht! Rheuma, Kopfschmerz gegen Hebräer Preis M. 3,50

Kastanien-Geist Allbewährtes Mittel seit 1906

Reghorn u. sonstige gute Reghühner, Ställe, alle Zubehörartikel...

Fahrräder Borussia das beste deutsche Fahrrad...

Bergarbeiter-Taschen-Kalender 1928 Herausgegeben vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands

Billige böhmische Bettfedern Nur reine gut füllende Sorten. 1 Pf. 1,00, 1 Pf. 1,00...

Betten garantiert federstark gefüllt, 1 Pf. 1,00, 1 Pf. 1,00...

Bettfedern 6,50 RM per Nachnahme braun o. schwarz Nappa-ledermütze

Gesundheit ist Reichtum Haben Sie Beschwerden? Rüllos Knoblauchkur. Würmer!

HONIG gar. rein, Wiener-Hilfen-Schleibler-Honig, 1 Pf. 1,00, 10 Pf. 10,00...

Alle Gummiwaren zur Gesundheits- u. Krankenpflege...

Biengfong-Essenz Echt Thür. a. D. M. 3,-, 3 Dtz. M. 9,50

HONIG gar. rein, Wiener-Hilfen-Schleibler-Honig, 1 Pf. 1,00, 10 Pf. 10,00...



Ihr Garten soll etwas einbringen dazu gehören aber vor allem gute Samen und zuverlässige Pflanzg...

Stoff-Reste ausreichend für Herren-Anzüge, Paletots, Hosen, Damenkostüme, Mäntel...

Herausgegeben vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands Hast Du schon einen gekauft? Nicht? Dann bestelle sofort einen bei Deiner Ortsverwaltung!

So etwas läßt sich hören Kleingarten-sortiment 1a: 20 besterjährige Gemüsepflanzen...

Neue Gänsefedern doppelt gereinigt, Saugkraft 1 Pf. 1,00...

Walker & Co. Samenbau, Erfurt. Die Stille der hochgeliebten, fortgeschrittenen Gemüsepflanzen...

Otto Hue, sein Leben und Wirken von Nikolaus Osterhoff. Preis 50 Pf.

Für unsere Zahlstellen. Markenmappen für Hauptstasser 2,50 Mk., Markenmappen für Unterstasser 1,10

Anzug-, Paletot- und Damen-STOFFE liefern direkt an Private Schmetasch & Seldel G. m. b. H., Tuchfabrik, Spremberg L. 45.

Das Pyramidenbett aus 100 verschiedenen Blumen Für dieses wundervolle Blumenbett liefern wir Samen der schönsten Blumenarten...